

Metallarbeiter-Zeitung

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN METALLARBEITER-VERBANDES

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des D. M. V., Berlin Nr. 138 262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,
Berlin Nr. 121 218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in die Reichspostzettelungsliste

„Überproduktion“

Die große, alles überschattende Frage der Gegenwart ist die ungeheure Arbeitslosigkeit. Darüber ist sich alle Welt einig. Selbst Herr Brüning hat ja im Juli den Reichstag angeblich deshalb aufgelöst und den § 48 gerade deshalb hervorgeholt, weil er ein paar Monate später die öffentliche Sicherheit und Ordnung für gefährdet hielt, „wenn der Hunger durch die Straßen heult“. (So hat es sein Finanzminister Dietrich damals wörtlich gesagt und meinte natürlich den Hunger der Arbeitslosen.)

Wodurch aber ist die Arbeitslosigkeit verursacht? Warum können rund 3 Millionen deutsche Proletarier keine Beschäftigung finden? Natürlich wegen der Krise. Wie sollte man es auch anders erklären? In der ganzen „staatserkaltenden“ Presse kann man es bis zum Überdruß lesen: wir stecken mitten in einer furchtbaren Krise, die sich nicht auf Deutschland beschränkt, sondern die ganze Weltwirtschaft durchrast.

Wir wollen nicht um Worte streiten und wollen deshalb heute die Frage nicht aufwerfen, ob das, was vorgeht, wirklich den Namen einer Krise verdient, oder ob nicht vielmehr das Wesentliche unserer Not gerade darin liegt, daß wir — sehr im Gegensatz zur Vorkriegszeit — die grauenhafte Arbeitslosigkeit haben ohne wirkliche Krise. Für heute mag gelten, was der Bourgeois sagt (und womit er sich und sein Wirtschaftssystem entschuldigt): wenn wir doch eine so fürchterliche Krise haben, ist es nur natürlich, daß es so entsetzlich viele Arbeitslose gibt.

Seis drum. Aber wo ist denn die Krise hergekommen? — Da schallt uns sofort aus dem bürgerlichen Blätterwald die einstimmige Antwort entgegen: durch Überproduktion. All die Länder in Übersee, wohin wir früher ausführten, haben sich während des Krieges eine Industrie geschaffen und bemühen sich, seit Kriegsende erst recht, sie großzupäppeln. Um den Wettbewerb trotzdem durchzuhalten, haben wir Europäer seit Jahren rationalisiert bis zum Erbrechen. Immer höher ist die Produktionsfähigkeit hinaufgetrieben und immer mehr ist auch erzeugt worden, ohne jede Rücksicht, ob man sie verkaufen können. Und so ist es natürlich zum Zusammenbruch gekommen. — Das ist es, was uns täglich aus den bürgerlichen Zeitungen entgegenschallt. In einer (soeben veröffentlichten) Denkschrift des Völkerbundes wird ausgerechnet, daß in den drei Jahren 1926 bis 1928 die Bevölkerung der Erde, wenigstens der für Industrie und Handel in Betracht kommenden Länder, um 2 vH gewachsen ist, dagegen die Masse der alljährlich produzierten Rohstoffe und Nahrungsmittel um 8 vH, das heißt viermal so stark! Ja, wer soll die kaufen?

Nun wollen wir gleich ein Mißverständnis ausräumen. Wenn der Bourgeois so redet, will er nicht etwa die Proleten verhöhnen, will er nicht etwa sagen, es werde mehr produziert, als wir verbrauchen könnten. Jeder von uns könnte ohne weiteres seinen Verbrauch an Kleidung, Wohnung, Nahrung usw. vervierfachen, und dann würde uns wahrscheinlich immer noch einiges an einer behaglichen Lebenshaltung fehlen. Verbrauchen könnten wir all die Produkte schon, aber wir können sie nicht kaufen, weil wir kein Geld haben, sie zu bezahlen. Weiter will auch der Bourgeois nichts sagen. Wenn nun die Dinge so liegen, was kann man tun, um dem abzuhelfen? Hier auf weiß der Bourgeois keine andere Antwort als die: Man muß weniger produzieren! Dutzendweis könnten wir Zitate anführen aus der bürgerlichen Presse und — was noch mehr sagen will — von der bürgerlichen Wissenschaft, die alle das eine predigen: Einschränkung der Produktion, das sei das einzige Mittel, um aus der Krise herauszukommen. Das ist ihrer Weisheit letzter Schluß.

Und wirklich, sie können ja nicht anders. Denn solange sie so weiter machen wie jetzt, wächst ja die Überproduktion immer mehr.

Aber nun stellt euch mal vor, wie es wäre, wenn sie die Produktion wirklich einschränkten? Zuerst, auf der Stelle neue massenhafte Entlassungen, neues ungeheures Wachstum der Arbeitslosigkeit. Und gerade der Arbeitslosigkeit wollte man doch abhelfen!

Doch damit wärs noch lange nicht getan. Wir müßten die neuen, leistungsfähigen Maschinen zerschlagen und die alten wieder herholen, die weniger produzieren. Wir müßten auf die neuen Arbeitsverfahren verzichten und auf die alten, überholten, wieder zurückgreifen usw. Dies zeigt mit krasser Deutlichkeit, wie sehr nach rückwärts gerichtet, wie reaktionär der Vorschlag ist. Uns in Zeiten zurückbringen, über die hinaus wir fortgeschritten sind. Etwas anderes weiß die Bourgeoisie nicht vorzuschlagen. Selbstverständlich würde damit auch dem Fortschritt von Kultur und Geistesleben der Boden entzogen.

Indessen, darum keine Sorge. Denn der Vorschlag ist ja unausführbar. Welcher Kapitalist könnte seine Anlagen ruinieren, seine Leute unproduktiver und folglich teurer arbeiten lassen, ohne sofort zugrunde zu gehen? Ja, er kann in der unablässigen Steigerung der Produktivität nicht mal einen einzigen Tag innehalten, weil er sonst auf der Stelle von seinen Wettbewerbern überflügelt wird.

Eine kindliche Utopie also ist das einzige, was das Bürgertum und seine Wissenschaft vorzuschlagen weiß gegen die grauenhafte Not der Zeit. Es will nicht sehen, es kann auch nicht sehen, daß alle Vermehrung der Produktion ein Segen sein muß für die Menschheit, und daß es sich einzig und allein darum handelt, den Verbrauch zu vermehren. Das freilich kann der Kapitalismus nicht, er müßte ja zuvor auf den Profit verzichten. Das kann nur der Sozialismus, der den Profit beseitigt, die Produktion ausschließlich nach dem

Bedarf bemißt und von den produzierten Gütern jedem das zuführt, was er braucht.

Zum völligen Zusammenbruch der Wirtschaft und damit zum Zusammenbruch aller Kultur führt uns der Kapitalismus gerade durch die Vermehrung der Produktion, die unter seiner Herrschaft unvermeidlich zur „Überproduktion“ wird, was nichts anderes bedeutet, als daß von dem wachsenden Reichtum die Menschen immer weniger bekommen. Retten kann uns aus dieser Not nur der Sozialismus.

„Du sollst nicht lügen!“

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften bringt in Nr. 16 nach einer zustimmenden Vorbemerkung einen Aufsatz aus dem christlichen Metallarbeiter, der von unglaublicher politischer Blindheit zeugt. Der Verfasser stellt fest, die Sozialdemokratie habe seit den Wahlen zum ersten Reichstag im Jahre 1920 „stets die Klinke der Regierungstür in der Hand gehalten, um zu verduften, wenn die Situation brenzlig wurde“. Er zählt dann die Jahre 1920 bis 1930 mit Ausnahme der Jahre 1921, 1928 und 1929 auf, um zu sagen, die Sozialdemokratie habe sich immer „gedrückt“, oder „abseits gestanden“, oder „sich tapfer im Hintergrund gehalten“, wenn es galt, Arbeiterinteressen zu vertreten und Verantwortung zu übernehmen. Vom Jahre 1930 registriert dieser angenehme Kronzeuge christlicher Wahrheitsliebe zum Beispiel:

„1930. Als die wirtschaftliche Krise riesengroß angewachsen war, als der Staatsbankrott vor der Tür stand, drei Millionen Arbeitslose da waren, schlug sich die Sozialdemokratie unter nichtigen Vorwänden wieder seitwärts in die Büsche und überließ das Handeln dem Kabinett Brüning. Die letzte „Tat“ der Sozialisten war das Treiben zur Reichstagsauflösung“ usw. Dem Verfasser scheint bis heute noch nichts davon bekannt geworden zu sein, daß nicht die sozialdemokratischen, sondern die bürgerlichen Minister „sich seitwärts in die Büsche schlugen“ und das Kabinett Hermann Müller stürzten. Sie hatten ihr eigenes sozialpolitisches Kompromiß mit den sozialdemokratischen Ministern nach dem bekannten Borsigbrief fallen lassen, weil Einigkeit bei ihnen darüber herbeigeführt war, eine Neuordnung der finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen gegen die Sozialdemokratie und die von ihr vertretenen gewerkschaftlichen Belange durchzuführen.

Wer daran zweifelt, daß hinter den bürgerlichen Parteien, von den Demokraten bis zum rechten Flügel des aufgelösten Reichstages, die wirtschaftlichen Gegner der Gewerkschaften, das reaktionäre Unternehmertum, stehen, der sei noch einmal auf die Denkschriften der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und des Hansabundes und anderes hingewiesen. Die sozialpolitischen Forderungen dieser Gruppen der Industrie- und Handelsunternehmer sind zu einem wesentlichen Teil durch das Kabinett Brüning-Stegerwald erfüllt worden. Diese beiden Vertreter des christlichen Gewerkschaftsbundes haben als Minister und Vertreter ihrer Partei im Streit zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Gewerkschafts- und Unternehmerinteressen stets zugunsten der letzteren den Ausschlag gegeben.

Der zähe Kampf des Unternehmertums gegen die Arbeitslosenversicherung ist bekannt. Die letzte wesentliche Verschlechterung erhielt durch die Notverordnung der Regierung Brüning-Stegerwald Gesetzeskraft.

Bei Verabschiedung des Zollegesetzes vom 7. August 1925, das eine Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter durch Zollserhöhung brachte, wurde auf Antrag Stegerwalds im Reichstag beschlossen, jährlich 40 Millionen Reichsmark aus den Zolleinnahmen der Invalidenversicherung zuzuwenden. Diese Zuwendung sollte ein sozialpolitisches Pflasterchen auf die wirtschaftlichen Wunden der Arbeiter sein. Der Hansabund, dessen Vorsitzender Mitglied der demokratischen Fraktion des Reichstages war, forderte in seinen Denkschriften zur Sanierung der

Reichsfinanzen in den Jahren 1929 und 1930 eine Herabsetzung der jährlichen Zuwendungen auf 20 Millionen RM. Der Reichstag hat mit dem Nachtragshaushalt für das Jahr 1929 gegen den energischen Widerstand Wissells und seiner sozialdemokratischen Ministerkollegen, aber unter Zustimmung von Stegerwald und Brüning, tatsächlich die Zuwendungen an die Invalidenversicherung aus Zollmitteln von 40 auf 20 Millionen RM jährlich herabgesetzt.

Auf Antrag Brüning wurde 1929 im Reichstag beschlossen, der Invalidenversicherung aus Lohnsteuermitteln Zuwendungen bis zum Höchstbetrage von 50 Millionen RM jährlich zu geben. Die damit verbundene Bedingung einer Mehrleistung wurde von der Gesetzgebung erfüllt, woraus eine Mehrbelastung von 80 Millionen RM entstand. Der Reichsrat stimmte der Zuwendung nicht in vollem Umfang zu. Die lex Brüning wurde bis heute noch nicht Gesetz; auch nicht durch Notverordnung der Regierung Brüning-Stegerwald.

Der Hansabund forderte Streichung der Lohnsteuer-Zuwendungen an die Invalidenversicherung und darüber hinaus Streichung des Reichsbeitrages zu den Invalidenrenten. Die Absicht ist offenbar, es soll eine starke Einschränkung der Mittel der Invalidenversicherung erreicht werden. Bei der Arbeitslosenversicherung sollte durch die gleiche Taktik ein Abbau der Leistungen erzwungen werden. Kann dieses Ziel bei den mangelhaften Leistungen der Invalidenversicherung kaum ernstlich in Frage kommen, so soll damit doch die Abwehr der von den christlichen Gewerkschaften gemeinsam mit uns gestellten Forderungen auf einen Ausbau der Leistungen erleichtert werden. Die Finanzentwicklung der Invalidenversicherung eilt jetzt schon mit Riesenschritten einer Sanierungsbedürftigkeit entgegen. Durch Notverordnung der Regierung Brüning-Stegerwald wurde überdies der Invalidenversicherung eine neue Last aufgebürdet. Für die Auszahlung der Unfall- und Invalidenrenten sowie für den Verkauf der Invalidenversicherungsmarken wurde seit Bestehen der Unfall- und Invalidenversicherung der Post eine Entschädigung — im Jahre 1929 waren es 18,4 Millionen RM — vom Reiche gezahlt. Die Entschädigungen müssen jetzt die Versicherungen übernehmen. Das bringt eine ganz neue und völlig unerwartete Belastung der Versicherungen. Außerdem bringt die neue Regelung einen weit größeren Verwaltungsaufwand. Die christlichen Gewerkschaften fordern in ihrem Wahlauftrag an ihre Mitglieder, sie sollen einen Reichstag wählen, der „energisch die Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung durchführt“.

Die Unternehmer forderten zur Finanzsanierung des Reiches Streichung des Reichszuschusses an die Krankenversicherung für die Familienwochenhilfe. Im Jahre 1929 kamen 32 Mill. RM in Frage. Durch die Notverordnung der Regierung Brüning-Stegerwald wird tatsächlich dieser bevölkerungspolitische Zuschuß des Reiches abgebaut.

So sieht „das Handeln“ des jetzigen Reichskabinetts aus, von dem der edle Kampf im christlichen Lager lobpreisend spricht. Die Gewerkschaften aber müssen der Sozialdemokratie dankbar sein, daß sie es ablehnt, diesen vom Unternehmertum mit Hartnäckigkeit verfolgten Weg zur Sanierung der Reichsfinanzen auf Kosten einer Verschlechterung der Sozialversicherung mit zu beschreiten.

Bluff mit der Preissenkung

Zunächst eine Blütenlese von Pressemitteilungen aus den letzten Tagen und Wochen.

„Zur nicht geringen Ueberraschung der Betroffenen hat der Reichsfinanzminister eine Verordnung erlassen, die mit Wirkung vom 1. August ab die Erhöhung des Zolles für Motorengasöl vorschreibt“, und zwar von 1,80 M auf 4,80 M für 100 kg (mit Ausnahme des für die Binnenschiffahrt bestimmten Gasöls). Bisher waren das 21,2 vH des Großhandelspreises, jetzt sind es 56,5 vH. Gasöl ist der Betriebsstoff für alle Arten von Dieselmotoren. Seine Einfuhr ist von 86 500 t im Jahre 1924 auf 367 800 t im Jahre 1929 gewachsen, also auf rund 4 1/2 mal soviel. „Am schwersten wird von dem Zoll die Landwirtschaft betroffen, die etwa 70 vH der eingeführten Menge verbraucht.“ Weiter werden das mittlere und Kleingewerbe und namentlich die Motorenbauindustrie schwer geschädigt, deren Ausfuhr vermindert wird. (Berliner Tageblatt, 6. August 1930.)

„Der Kartoffelstärkeindustrie wurde durch den Kartoffelzoll von 2 M der Bezug von Kartoffeln und damit die Konkurrenzfähigkeit im Auslande stark beeinträchtigt, und die Ausfuhr von Kartoffelstärke, die vor dem Krieg etwa 1/3 der Produktion ausmachte, fast unterbunden. Zurzeit arbeiten die Stärkefabriken nur mit etwa 45 vH ihrer Kapazität (Leistungsfähigkeit)“, und können sich teilweise nur durch mehr oder minder versteckte Subventionen (Staatsbeihilfen) am Leben erhalten. Nun sind Bemühungen im Gange, die gesamte Kartoffelstärkeindustrie zu einem Kartell zusammenzuschließen, um die Preise für Kartoffelstärke und damit die Kartoffelpreise selbst weiter

zu erhöhen.“ Bisher war der Zusammenschluß nicht gelungen. Jetzt aber hat sich der Reichsernährungsminister dreingemischt, hat den Fabrikanten eine Frist bis zum 15. August gestellt zur Ausarbeitung der Kartellbedingungen und bis zum 1. September zur Beitrittserklärung. Und wenn bis dahin das Kartell nicht fertig ist, will er ein Zwangssyndikat schaffen (um die Kartoffeln zu verteuern). (Berl. Tageblatt, 5. August 1930.)

Unter der Überschrift „Verstehen Sie das?“ schrieb der Berliner Börsen-Courier in seiner Beamtenbeilage am 9. August 1930:

„Seit langer Zeit erfahren wir nun schon, daß die Großhandelspreise fallen. Im Juni ist ihr Gesamtindex mit 124,5 gegenüber Mai um 1 vH zurückgegangen... Im Juli ist er weiter gesunken. Dagegen haben die

Aus dem Inhalt:

Aus dem Inhalt:	Seite
„Überproduktion“ — „Du sollst nicht lügen“ — Bluff mit der Preissenkung	297
Krasser Gegensatz — Mandatekauf des Unternehmertums	298
Der Tonfilm — Technische Fortschritte im Schiffbau	299
Die Zeiten ändern sich — Die Masse marschiert	300
Das Göttliche — Mangel an Gießberglern? — Warum warst du nicht organisiert?	301
Warn! vor der französischen Fremdenlegion! — Tagung der Metallarbeiter-Krankenkasse — Schiedsspruch für den Ruhrbergbau — Ein gelber Bettelbrief — Schriftenschau — Vom Vorstand	302
Einheitslöhne in Frankreich — 12. internationaler Metallarbeiter-Kongreß	303
Aus Sowjetrußland — Anzeigen	304

Kleinhandelspreise nach dem Lebenshaltungsindex eine Erhöhung erfahren. Besonders haben die Lebensmittelpreise teilweise stark angezogen. Nach den Berechnungen des Büros Calwer auf Grund der Kleinhandelspreise in Berlin betragen die Kosten der wöchentlichen Nahrungsmittel einer vierköpfigen Familie:

am 21. Juni 1930	23,80 M (mittlere Ration)
am 28. Juni 1930	24,04 M
am 5. Juli 1930	24,15 M
am 12. Juli 1930	25,37 M

Wie ist es zu verstehen, daß bei einer Indexziffer der Agrarstoffe (Landesprodukte im Großhandel) von 109,7 die Indexziffer der Lebensmittel 166 beträgt?

Weiter berichtete der Börsen-Courier am 8. August, daß der süddeutsche Eisengroßhandel seine Preise für Geschäfte über 15 t um 2 M je Tonne erhöht hat. (Trotzdem die Lohnsenkung für die Metallarbeiter in Nordwest gerade mit der Verbilligung des Eisens begründet wurde.)

Und dann die Kartellverordnung! Schon am 2. August schrieb der Börsen-Courier einen langen Artikel, worin er mit herbewogenden Tönen die Kartellherren anflehte, doch ja ihre Preise herabzusetzen. Woraus man ersehen kann, daß sie es nicht getan haben und auch nicht tun wollen. Da heißt es: „Auch wer nicht den Kartellen feindlich oder unfreundlich gegenübersteht, muß zugestehen, daß die Preissenkungaktion, die mit großen Erwartungen begonnen wurde, schon in ihren Anfängen festgefahren ist.“ Die eisenschaffende Industrie habe „den ersten sichtbaren, bewußten und betonten Schritt auf der Bahn der Preissenkungen“ getan, und nun fühle sie sich „von den übrigen Kartellen und Syndikaten betrogen.“ Und mit was für Vorwänden drücken sich dieselben! Da heißt es, daß kosmetische und pharmazeutische Artikel (Drogen und Apothekerwaren) kein Gegenstand des täglichen Verbrauchs seien und deshalb für eine Verbilligung des Lebensunterhalts keine Rolle spielen. Oder daß die Arzneitaxe jede Preissenkung verbiete. Als ob man die Taxe nicht ändern könnte! Ein beliebter Einwand der Kartelle ist auch: die wirklich gezahlten Preise seien viel, um 30 bis 40 vH, niedriger als die Kartellpreise. Selbst soweit das wahr ist, hat es natürlich gar nichts zu bedeuten. Die gegenwärtige Tonerung beruht auf den wirklich gezahlten Preisen, und die sollten angeblich, nach den Versprechungen der Regierung, ermäßigt werden.

Besonders bezeichnend ist noch die folgende Stelle aus dem Aufsatz des BBC: „Die eisenschaffende Industrie hat ihre Preise bekanntlich um 4 vH ermäßigt.“

Jetzt sucht sie nach der Auswirkung bei dem eiserverarbeitenden Gewerbe. Dessen Vertreter haben aber gesagt, dieses Ausmaß sei zu gering, um fühlbar zu werden, es würde nur Verwirrung und Unruhe schaffen. (Die 4 vH verkümmeln sich angeblich bei der verarbeitenden Industrie auf 1 bis 2 vH.) Für Stahlprodukte aber gibt es überhaupt keine Entlastung, weil der Stahl nicht verbilligt worden sei.

Und dann behaupten sie kaltschnäuzig: sie hätten ihre Preise schon längst, schon viel früher gesenkt; „in den letzten beiden Jahren seien die Preise um 5 bis 10 vH für Verarbeitungsfabrikate gefallen.“ Wie könne man ihnen da noch weitere Preisnachlässe zumuten! — Das paßt zu dem von uns schon früher mitgeteilten Ausruf der Handelskapitalisten auf ihrer Tagung am 24. Juli: „Dabei waren sich alle Wirtschaftsgruppen darüber einig, daß Preissenkungen während der letzten Jahre bereits in erheblicher weiterer Maße eingetreten sind als in der Öffentlichkeit bekannt ist.“ Unter diesen Umständen „kann eine allgemeine Senkung der Preise in Lebensmittel und Drogen für die nähere Zukunft nicht in Aussicht gestellt werden.“

Aus alledem folgt klipp und klar, daß die Unternehmer — und zwar alle ohne Ausnahme, in der Industrie, im Großhandel, im Kleinhandel, von der Landwirtschaft gar nicht zu reden — die Preise bisher nicht ermäßigt haben und auch fernerhin nicht ermäßigen wollen.

Aber die Regierung hat doch versprochen, sie zu zwingen? — Ja, seht euch nur die neue Kartell-Notverordnung richtig an. Da steht drin, daß die Behörden gewisse Preisverabredungen und dergleichen für ungültig erklären können. Weiter nichts. Wenn sich also irgendwo Unternehmer finden sollten, die ohne Rücksicht auf Kartellvorschriften billiger verkaufen wollen, dann kann sie die Regierung von den Kartellstrafen befreien. Ob sich aber solche Unternehmer finden werden? Die oben zitierten Äußerungen sind von ihren maßgebenden Vertretern gemacht worden. Was soll man denn aber auch von einer Regierung erhoffen, die zur selben Zeit, da sie Preissenkung verspricht, durch andere Verordnungen die Preise in die Höhe treibt! — Im übrigen, mag die Regierung Verordnungen erlassen wie sie will, befehlen lassen sich ja die Preissenkungen nicht. Somit ergibt sich, daß die ganze „Preissenkungsaktion“ auch nur ein Bluff ist. Ein Bluff, der die Arbeiter für Lohnabbau und für die Wahl gefügig machen sollte.

Ibykus.

Mandatekauf des Unternehmertums

Mit tausend Mark hunderttausend ersparen

Der Verband Sächsischer Industrieller erließ unterm 15. März 1928 ein Rundschreiben, in dem es heißt:

Betr. Errichtung eines Wirtschaftskontos des Verbandes Sächsischer Industrieller

Wir beziehen uns auf das Ihnen von unserer Hauptgeschäftsstelle zugegangene Rundschreiben Z. M. 3 28 vom 15. Februar. Seit Absendung dieses Rundschreibens besteht Gewißheit darüber, daß der Reichstag vorzeitig aufgelöst und vermutlich Neuwahlen im Mai ausgeschrieben werden. Um so dringender ist es erforderlich, daß die vom Verband eingeleitete Sammlung zur Unterstützung industrieller Kandidaturen mit aller Energie fortgesetzt wird. Gemäß den Absichten des Gesamtverbandes sollen mit diesen Mitteln diejenigen Parteien unterstützt werden, die sich bereiterklären, Industrielle an sicherer Stelle in ihrer Reichstagswahlhilfe zu setzen. Die Industrie war bisher im Reichstag ganz außerordentlich schwach vertreten im Gegensatz zu der Landwirtschaft, Handwerk, Angestellten- und Beamtenschaft. Nach Beschluß des Gesamtverbandes in Dresden, dem sich der Vorstand der Ortsgruppe Chemnitz in einer stark-besuchten Vorstandssitzung einstimmig und mit Nachdruck angeschlossen hat, wird jede Mitgliedsfirma gebeten, mindestens 20 Pf. pro Arbeiter und pro Monat für die Monate Februar, März, April und Mai an das Wirtschaftskonto Sächsischer Industrieller bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Dresden, zu überweisen. Besonders erwünscht ist Gesamtabführung in einer Summe...

Hochachtungsvoll

Verband Sächsischer Industrieller, Ortsgruppe Chemnitz
Der Vorsitzende: Die Geschäftsführung:
F. Vogel Dr. Fritz Marschner

Auch der Allgemeine Dresdener Einzelhandels-Verband sendete Ende April 1929 ein Rundschreiben, in dem er seine Mitglieder auffordert, anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen, tief in den Säckel zu greifen, denn es wird viel Geld gebraucht. Am Schluß heißt es bezeichnend:

„Wir werden uns erlauben, in den nächsten Tagen einen unserer Herren zu Ihnen zu senden, der Ihnen eine Liste zur Zeichnung des dem Wahlfonds zugeordneten Betrages vorlegen wird. Über diesen Betrag wird dann der mitunterzeichnete Schatzmeister des Reichsbundes für den Textilhandel zu gegebener Zeit nach Bedarf verfügen.“

Wir hoffen, daß wir vorstehenden Appell nicht vergeblich an Sie gerichtet haben, und daß Sie einen recht namhaften Betrag, der nach unserer Sachkunde über Handlungskosten-Konto verbucht werden darf, also nicht einkommensteuermäßig ist, zeichnen werden...

Handelsgerichtsrat G. Heinrich,
Vorsitzender des Reichsbundes für den Textilhandel,
Ortsgruppe Dresden

Handelsgerichtsrat H. Hönrichs,

Vorsitzender des Allgem. Dresdener Einzelhandels-Verbandes
Karl Günther,

Schatzmeister des Reichsbundes für den Textilhandel,
Ortsgruppe Dresden

Am 31. Mai 1930 hat der Verband Sächsischer Industrieller an seine Mitglieder ein Rundschreiben versandt, in dem es heißt: „In dieser Erkenntnis hat unser Vorstandsrat einstimmig beschlossen, alle Verbandsmitglieder zu einer Wahlspende aufzufordern. Die Höhe des Beitrages ist nicht begrenzt, doch hält es der Vorstandsrat nach reiflicher Erwägung für unbedingt notwendig, daß jede Mitgliedsfirma wenigstens 1 Mk. für jede in dem Betriebe beschäftigte Person entrichtet. Für freiwillige, das heißt über diesen Mindestbeitrag hinausgehende Spenden wäre der Vorstandsrat besonders dankbar.“ Der Verband Sächsischer Industrieller hat vor längerer Zeit eine nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Denkschrift veröffentlicht mit der Überschrift „Industrie und Parlament“. Darin heißt es:

... sie (die Industrie) soll schließlich auch vom rein nüchternen kaufmännischen Standpunkt aus nicht vergessen, daß jede tausend Mark, die jetzt zur Stärkung des industriellen Einflusses gegenüber der Gesetzgebung, sei es im Parlament, sei es durch andere Einflußmöglichkeiten, gegeben werden, ihr vielleicht Hunderttausende von Mark ersparen, die sie zahlen mußte, wenn dieser Einfluß wegfällt...

Alles für Geld! Das Geld nimmt in der Politik einen breiten, sehr breiten Raum ein, dem die Arbeiter und Angestellten nichts weiter entgegenzusetzen haben, als den Zusammenschluß ihrer Kräfte und die Hingabe an die Idee. Sie wird und muß über das Geld siegen. W. H.

Kontrolle der Produktion!

Bei den letzten Verhandlungen im Ruhrbergbau über einen Antrag des Zechenverbandes auf Lohnabbau in Höhe von 10 vH führte der Vertreter des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes aus, sie hätten eine Anzahl Geschäftsabschlüsse der maßgebenden Bergbau-Gesellschaften mit über 70 vH aller Betriebe untersucht und festgestellt, daß diese Gesellschaften in den letzten fünf Jahren erhöht haben

- ihre Aktienkapital um 20 Millionen RM.
- die Rohgewinne um 281 Millionen RM.
- die Reingewinne um 46 Millionen RM.
- die Reserven um 60 Millionen RM.
- die Abschreibungen gesteigert um 53 Millionen RM.

Dabei sind die Arbeitskosten je Tonne Kohlen infolge Leistungssteigerung immer weiter gefallen. Während man vor fünf Jahren noch mit einem Lohnanteil je Tonne von 8 RM. und darüber rechnet, ist der Lohnanteil heute auf 6,73 RM. gesunken. Alle diese Unterschiede wirken sich als Mehrgewinne für die Unternehmer aus. Während der Durchschnittserlös für die Tonne Kohlen zwischen 16 und 17 RM. liegt, werden für Böttförderkohle im Kleinverkauf Preise von 27 bis 31 RM. gefordert und bezahlt. Das ist ein Gewinn- und Handelsaufschlag von rund 80 vH. Ebenso liegen die Verhältnisse bei den anderen Kohlenarten, Nußkohle, Anthrazit usw. Zahlreiche Zechen haben sich eigene Handelsgesellschaften zugelegt, um auch hier noch zu verdienen. Nicht berücksichtigt sind dabei die Gewinne, die den Unternehmen aus den Nebenanlagen, wie Kokeren, Gasabgabe, Briquetierung usw. zufließen.

Wer also wirklich für eine Kontrolle der Unternehmen und Unternehmer, für eine „Kontrolle der Produktion“ ist, der werde schleunigst Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation, damit diese in die Lage versetzt werden, die Unternehmen unter die Lupe zu nehmen und ihre Verdienstmöglichkeiten zu erforschen. Denn nur auf diese Art kann bewiesen werden, daß die einzelnen Werke und Gewerbe in der Lage sind, den Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bieten, als dies bisher geschehen.

Das größte Hemmnis des Fortschritts ist die Stumpfheit und der bequemste Deckmantel der Stumpfheit ist das Besserkennen des Nichtwissers, das billige Märkeln an allem, was eifrig und mutig vorwärtsstrebt.

Paul Hoff

Krasser Gegensatz

„Der eine fährt Mist, der andere spazieren.“

Um was gehen die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe? Sie wurzeln letztlich in der entscheidenden Frage: Besitz und Nichtbesitz. Das Schwergewicht hat sich gegenwärtig sowohl politisch als auch sozial zugunsten des Besitzes verschoben. Die besitzenden Schichten haben es verstanden, große Teile der nichtbesitzenden Schichten vor ihren Wagen zu spannen und von ihnen ihre Geschäfte besorgen zu lassen. Die nationalsozialistische Bewegung ist nichts weiter als die Schutzgarde ihrer eigenen Henker. Die besitzenden Schichten haben in dieser Bewegung die einfachsten, aber noch immer wirksamsten Gefühle der deutschen Speißer aufgerufen.

Die Aufklärung seit 1918 hat völlig versagt. Ware es nicht so, dann hätten die besitzenden Schichten es nicht fertigebringen können, die öffentliche Meinung und durch sie große Teile der nichtbesitzenden Schichten auf ihrer Seite zu halten. Würden die nichtbesitzenden Schichten die Dinge durchschauen, dann wäre es schlichterdingens unmöglich, die Aufbringung der inneren Lasten fast durchweg auf die Schultern dieser gleichen nichtbesitzenden Schichten zu legen. Abwas der Sozialpolitik, der Löhne und Gehälter, eine falsche Handels- und Zollpolitik würden unmöglich sein.

Wir erleben doch heute die geradezu einzig dastehende Erscheinung, daß die Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft als Träger der republikanischen Verfassung und des demokratischen Staates als „destruktive“ Partei gebrandmarkt werden, während man die Feinde des Staates als die wahren Staatsfreunde gelten läßt. Also auch hier eine völlige Umkehrung der politischen und sozialen Wirklichkeit. Es ist den besitzenden Schichten gelungen, ihre politische und soziale Ideologie als die allgemein anerkannte und herrschende hinzustellen.

Die tatsächlichen Verhältnisse liegen ganz anders. In dem Septemberheft der Zeitschrift Die Tat veröffentlicht F. Fried eingehende Untersuchungen der Einkommens- und Vermögensschichtung, deren Ergebnisse jedem denkenden Arbeiter und Angestellten zeigen mußten, wolin er gehört und wessen Geschäfte er bezorgt, wenn er sich seiner Klassenlage nicht bewußt ist.

Der Verfasser geht von den Verhältnissen der Metallindustrie Berlins aus. Er berechnet, daß die 25 Direktoren im Siemenskonzern etwa 12½ Millionen RM. im Jahre verdienen und die zehntausend Angestellte etwa 25 Millionen. Also zehntausend Angestellte verdienen nur doppelt soviel wie 25. Das ist die Lage in Deutschland. Fried erzählt noch, daß während Tausende bei Siemens auf die Straße gesetzt werden, um 2½ Millionen jährlich zu sparen, der Generaldirektor Köttgen, einer von den 25 auf seinem Grundstück einen großen Teich anbauen läßt, weil er nicht einsehlich war, um nicht auch seinen eigenen See haben muß und Werner von Siemens sich neben seinem Mexikopavillon in seiner Villa ein luxuriöses Schwimmbad einrichten läßt.

Was Fried in seiner Untersuchung feststellt, ist die ungeheure Kluft zwischen arm und reich, zwischen Besitz und Nichtbesitz, die zu groß geworden ist, um noch überbrückt werden zu können. Heute gehört man entweder zu den Besitzenden oder Nichtbesitzenden. 20½ Millionen Menschen verdienen im Durchschnitt 130 bis 140 RM., davon ein erheblicher Teil, noch nicht einmal das alljährlich erreichte Existenzminimum; 3½ Millionen verdienen etwa 450 RM. im Monat und 30000 zwischen 1200 und 13000 RM. monatlich im Durchschnitt, 5000 Menschen verdienen zusammen jährlich ebensoviel wie 1½ Millionen.

Das gewaltige Auseinanderklaffen von Besitz und Nichtbesitz wird noch deutlicher, wenn man die Schichtung der Vermögen betrachtet. Von den 65 Millionen Deutschen besitzen 2½ vH einen ein Vermögen von mehr als 5000 RM. (Freigeiz), 96 vH der Bevölkerung sind so gut wie vermögenslos, 64 Milliarden Vermögen verteilen sich auf 2½ Millionen, während 61½ Millionen leer ausgehen. Unter den 2½ Millionen sind die Vermögensunterschiede noch beträchtlich.

Die Verteilung der höchsten Güter über die einzelnen Schichten geht aus folgendem Bild ungefähr hervor:

Menschen	Schicht	Vermögen	Einkommen
60 Millionen	Nichtbesitz	16 Milliarden	45 Milliarden
4 Millionen	Mittelstand	35 Milliarden	17 Milliarden
100 000	Besitz	35 Milliarden	5½ Milliarden

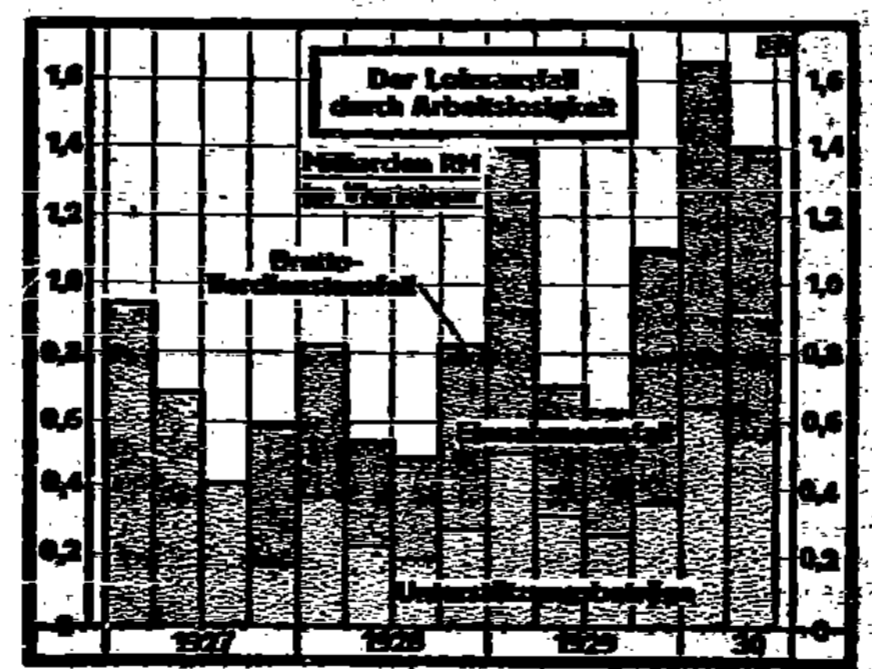
Der Verfasser zieht den Schluß, daß an dem Ergebnis nichts geändert werden kann, ob man so oder so rechnet, weil es die nackte Wirklichkeit ist, wie sie „jeder von uns täglich in den Büros, in den Werken, auf der Straße sieht und erlebt“. Er schließt mit einem treffenden Buschvers:

Es ist hiemieden
zu vieles vielzuviel verschieden.
Der eine fährt Mist, der andere spazieren,
Das kann ja zu nichts Gutem führen.

Warum ist das so? Es ist nur möglich durch die in der Einleitung geschilderten Machtverhältnisse, dadurch, daß sich die nichtbesitzenden Schichten als Hüter der besitzenden Schichten mißbrauchen lassen.

Lohnausfall durch Arbeitslosigkeit

Das Institut für Konjunkturforschung hat den Ausfall an Arbeitsverdienst, der durch die Arbeitslosigkeit bedingt ist, überschlägig berechnet aus der Gesamtzahl der Arbeitslosen und den Verdiensten, die sie vor Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit bezogen haben. Dieser „Brutto-Lohnausfall“ hat im ersten Viertel

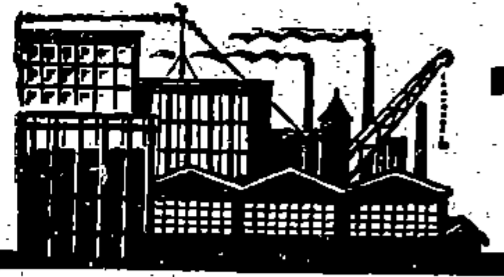


dieses Jahres die Summe von 1650 Mill. RM. erreicht, im zweiten Vierteljahr, in dem die Arbeitslosigkeit etwas zurückgegangen war, immerhin noch die Summe von 1400 Mill. RM.

Dieser Verdienstausfall wird durch die Unterstützungsbeträge der Arbeitslosenversicherung, der Krisenunterstützung und der Wohlfahrtspflege der Städte noch bei weitem nicht zur Hälfte gedeckt. Es entsteht also ein sehr beträchtlicher Einnahmefehl, der natürlich eine entsprechende Verminderung der Kaufkraft bedeutet. Es ist selbstverständlich, daß die ermittelten Zahlen nur ungefähre Schätzungen darstellen können. Sp.

Der Stand der Produktion

Der Rückgang der industriellen Tätigkeit konnte bisher noch nicht aufgehalten werden. Gegenwärtig dürften rund 20 vH weniger Waren hergestellt werden als zur gleichen Zeit des Jahres 1929. Der Produktionsrückgang ist schärfer ausgeprägt als in der Krise 1925/26. Namentlich die Produktionsgüterindustrie hat erhebliche Einschränkungen vorgenommen. Der Absatzrückgang auf den Auslandsmärkten tritt hier in Erscheinung. Der entsprechende Bemerkung trägt ebenfalls dazu bei, bei der Verbrauchgüterindustrie ist eine gewisse Erholung festzustellen. Die Schahproduktion am Beispiel hält sich um 7 vH über Verzehrshöhe. Die Erzeugung von Porzellan stieg um 3 vH und die Herstellung von Baumwollgarn um 5 vH über diejenige des Vorjahres. Es ist damit zu rechnen, daß ein Umschwung bei der Verbrauchgüterindustrie in naher Aussicht steht.



Technik und Werkstatt



Der Tonfilm

Von Hermann Hieber

Es handelt sich hier um eine Kulturfrage von größter Bedeutung. Der Film ist ins Wanken gekommen und weiß nicht, was aus ihm werden soll. Er hatte seinen Stil auf das stumme Spiel eingestellt und ist jetzt sozusagen seiner Grundlage beraubt. Filmregisseure, Darsteller, Komparsen liegen auf der Straße, während neue Spezialisten, eben die „Tonfilmleute“, in die Hallen eingezogen sind. Die Produktion stockt, weil nur die allergrößten und kapitalkräftigsten Gesellschaften das teure Verfahren anwenden können, und von 5000 deutschen Filmtheatern erst 200 mit der kostspieligen Tonfilmapparatur — 50 000 bis 60 000 RM. das Stück — ausgestattet sind. Sie wissen nicht mehr, was sie spielen sollen. Der Oper ist ein neuer Wettbewerber erwachsen zu all ihren sonstigen Nöten. Und die Orchester werden entlassen, weil der Apparat die Begleitmusik gleich fix und fertig mitliefert.

Die Erfindung, das deutsche Tri-Ergon-Verfahren, das Werk dreier Ingenieure, ist schon etwa ein Dutzend Jahre alt. Sie beruht darauf, daß die Schallwellen gleichzeitig mit den Lichtwellen aufgezeichnet und dann zurückübertragen werden, daß also im Gegensatz zu der Grammophonbegleitung, mit der man sich früher behilft, eine vollkommene Gleichzeitigkeit erzielt wird. Man nennt das den „synchronisierten“ Ton. Ausgebeutet haben die Erfindung die Amerikaner, bei denen der stumme Film seit einem Jahr erledigt ist. Aber die deutsche Industrie wachte eifersüchtig darüber, daß die Ausländer ihnen nicht den Profit vor der Nase wegschnappten. Erst bekämpften sich die beiden Konzerne „Klangfilm“ und „Tobis“. Nach Monaten einigten sie sich und arbeiteten, im Besitz von nicht weniger als fünf-hundert Patenten, zusammen. Geschlossene Front gegen Hollywood, das Tonfilmparadies der Welt, mit dem Erfolg, daß nur ganz gelegentlich einmal etwas von drüben durchschickte: „Singing Fool“, der „Jazzsänger“, „Cilly“. Im übrigen mußten, mit Rücksicht auf die deutschen Patentrechte, bei den amerikanischen Filmen die Sprechpartien weggelassen werden — ein geradezu barbarisches Verfahren, durch das wertvolle Werke wie „Broadway“ von Fejos bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurden. Aber für irgendwelche ästhetischen Rücksichten sind unsre Großverdiener noch nie zu haben gewesen, wenn ihr Profit dadurch irgendwie beeinträchtigt wurde.

So gab es also ein ganzes Jahr lang einen Zwischenzustand: amerikanische Tonfilme, wie sie überall gezeigt wurden, bekamen wir nicht zu sehen; die einheimische Industrie dachte aber auch nicht daran, etwas Eigenes zu produzieren, weil sie darauf nicht vorbereitet war. Sie beschränkte sich im wesentlichen darauf, ihre Angestellten hungern zu lassen. Erst Ende 1929 wurden die neuen Tonfilmateliers in Neubabelsberg gebaut, und erst tief im Winter kamen die Tonfilme der „Ufa“ und der „Emelka“ heraus, und es verging abermals ein kostbares halbes Jahr, ehe sie technisch so weit waren, daß man die gesprochenen Worte einigermaßen verstand und sich beim Anhören der „Konservenmusik“ nicht die Ohren zuhielt. Auch heute hat man es, trotzdem sich die Technik unzweifelhaft verbessert hat, noch nicht dazugebracht, daß die Zischlaute einwandfrei herauskommen: noch immer sagen die Menschen auf der Leinwand: „Fie fehen“, statt: „Sie sehen.“ Besonders die Frauenstimmen haben einen hohlen, dröhnenden Klang.

Es scheint überhaupt, als müßte der Film wieder ganz von vorn anfangen. Zwanzig Jahre etwa hat es gedauert, bis man sich die üblen Kulissenmätzchen, die übertriebene Mimik, abgewöhnt hatte und erkannte, daß das Spiel für das laufende Band einen andern Stil erfordert als das für die Bühne. „Panzerkreuzer Potemkin“ hat uns weiter vorwärtsgebracht als Tausende von Filmen, die jahraus, jahrein nach einer bequemen Schablone gedreht wurden. Die Akteinteilung, die langen, immer wieder die Bilder zerreißen Texte, waren abgeschafft, eine schlichte, allen verständliche Sprache gefunden worden. Die elementaren Ereignisse eines Eisenstein, eines Pudowkin konnten überall verstanden werden. Der stumme Film schlug Brücken der Verständigung zwischen allen Völkern der Erde. Er lehrte die Menschen, die sich durch die begriffliche Mitteilung, durch Buch und Zeitung, ihre naive Vorstellungsgabe verkümmert hatten, wieder unmittelbar sehen.

So entwickelte die fortschreitende Technik, die vervollkommnete Photographie mit dem Hunger nach Zerstreuung und Anregung, den in den ungeheuren Proletariemassen die Sprech- und Singbühne längst nicht mehr stillen konnte, das „Theater des kleinen Mannes“, den Film. Knapp ein Menschenalter später brachte der Rundfunk die Übertragung des Schalls: Vorträge, Mitteilungen, Konzerte und Oper konnten nun mit einem Male in jede Stube übertragen werden. Die großen Ereignisse des Tages drangen aus dem Äther an sein Ohr. Dazu gesellte sich die Schallplatte, die sprachliche und musikalische Vorträge wiedergibt.

Auf getrennten Straßen marschierten das Sichtbare und das Hörbare. Beides zu vereinigen und auf dieselbe Platte zu bannen, lag nahe genug. Es gibt zwei Möglichkeiten: das mit dem Gehöreindruck übermittelte Fernbild und den hörbaren Film. Man ist zunächst vom Bild ausgegangen und hat es mit dem Schall verknüpft. Das war zweifellos eine bedeutende, erstaunliche Erfindung. Gegen technische Fortschritte sich anzustemmen, ist lächerlich. Das Gezeter über den „unkünstlerischen“ und „verflachenden“ Film hat ja glücklicherweise auch schon aufgehört. Der Film hat sich seinen Platz im Kulturleben erobert. Es ist nicht einzusehen, warum das tönende Bildstreifen anerkannt und trotzdem das Stumme Filmgewaltigen haben nichts gelernt vom

stummen Film. Sonst müßten sie wissen, daß man einen Stil aus der Technik heraus entwickeln muß. Wir lächeln über die ersten Eisenbahnwagen, die aussehen wie auf Schienen laufende Postkutschen. Das, was man in Deutschland nach einem Jahr noch als „Tonfilm“ ausgibt, ist kaum weniger grotesk. Anstatt den Ton dem Bild unterzuordnen, haschen sie krampfhaft nach Vorwänden für die Anbringung ihrer tönenden Kniffchen und Piffchen. Um klappernder Pantoffeln, um eines angeriebenen Streichholzes, um schnatternder Gänse und grunzender Ferkel willen reißt der Regisseur, den der tönende Ehrgeiz gepackt hat, seine Handlung immer wieder in Fetzen.

Überhaupt die Gespräche! In „Atlantic“ halten sie einen Schiffsuntergang auf: höchst banale und abgeschmackte Unterhaltungen zwischen den „feinen Leuten“, die sich ja meist nur Albernheiten und Überflüssigkeiten zu sagen wissen. Die Elemente haben solange zu warten, bis die Tonapparatur ausgiebig zur Geltung gekommen ist. Dann kann der Untergang seinen Fortgang nehmen! Dabei ist, wie schon erwähnt, die Wiedergabe der Sprache höchst unzulänglich, und die „Stars“, die man aus alter Gewohnheit seinem Publikum vorsetzt, versagen meist kläglich, wenn sie den Mund aufmachen. Jenny Jugo sprechen, Harry Liedtke oder Henny Porten singen zu hören, ist alles eher als ein Genuß. In der richtigen Erkenntnis, daß die Gespräche die Handlung hemmen, haben manche Regisseure zu einem verzweifelten Mittel gegriffen: 50 vH stummer oder gar 75 vH, der Rest Sprechfilm. Man hört Glücks-

chen klingen, Pferde trappeln, Wasserfälle rauschen, Hunde bellen — nur die Menschen sind stumm. Bis ihnen auf einmal wie durch ein Wunder die Sprache kommt: gegen Schluß der Vorstellung fangen sie zu reden an, niemand weiß, warum und wieso. So machten sie es in dem „Land ohne Frauen“, so in dem sonst ganz ausgezeichneten Propagandafilm für Abschaffung des Paragrafen 218: „Cyankali“.

Unter etlichen Dutzenden von Tonfilmen haben wir eigentlich nur zwei gesehen, die das technische Problem einwandfrei lösen: Sternbergs „Der blaue Engel“, der die Sprache nur zur Unterstreich und zur Verstärkung des Bildes heranzieht und demgemäß ganz knapp stilisiert, und „Westfront 1918“. Hier geben die Geräusche das Entsetzen des Schützengrabens wieder und die widersinnige Scheußlichkeit des Massenermordes: eine höllische Sinfonie, deren Höhepunkt das Feldlazarett bildet. Hier ist auch der Weg gewiesen, den der Tonfilm beschreiten kann, wenn er sich zu einer wirklichen Kunstgattung entwickeln will. Gespräche sind, abgesehen davon, daß sie doch meist nur Plattheiten enthalten, schon deswegen zu vermeiden, weil sie die höchste Tugend des Films, die unmittelbare Verständlichkeit in allen Nationen, wieder aufheben. Das vorläufige Ergebnis der Tonfilmbewegung ist kläglich. Aber wer möchte sich darüber wundern, der die herrlichen kapitalistischen Praktiken kennt? Jeder Fortschritt wird von den Menschen, denen alles nur Ausbeutungobjekt bedeutet, in sein Gegenteil verkehrt. Gold wird in ihren Händen zu Tombak.

Technische Fortschritte im Schiffbau

Von Ernst Trebesius

Die Geschwindigkeit der Schiffe ist von wesentlichem Einfluß auf die Wirtschaftlichkeit des ganzen Reedereigeschäftes. Jede Erhöhung der Geschwindigkeit ermöglicht schnellere Überfahrten, also mehr Reisen in einem Jahr und damit einen größeren, jährlich gefahrenen Frachtraum oder eine größere Zahl beförderter Fahrgäste. Freilich stellen sich jeder Geschwindigkeits-erhöhung recht erhebliche Hindernisse entgegen, deren Nichtbeachtung die angestrebte höhere Wirtschaftlichkeit wieder aufzehren würde. Jede Geschwindigkeitssteigerung erfordert nämlich bei sonst gleichen Schiffen eine Vergrößerung der Maschinenanlage und des Brennstoffverbrauches. Anlagekapital und Betriebskosten werden also erhöht; der nutzbare Frachtraum dagegen verkleinert. Der Reeder, der ein Schiff bestellt, und der Schiffbauer, der es bauen soll, stehen also bei jedem Neubau, sofern es sich um einen noch nicht ausgeführten Typ handelt, vor der schwierigen Frage: Soll der Frachtraum auf Kosten der Geschwindigkeit oder die Geschwindigkeit auf Kosten des Frachtraumes vergrößert werden? Langjährige Erfahrung, die Bedürfnisse des eigenen Reedereibetriebes und schließlich auch das Verhalten der Wettbewerber geben neben anderem den Ausschlag bei diesen schwierigen Überlegungen. Am einfachsten gestaltet sich die Frage nach erhöhter Geschwindigkeit, wenn der Schiffbauer dem Reeder mitteilen kann, daß er eine solche ohne jede Vergrößerung des Anlagekapitals, ohne jede Verminderung des Frachtraumes und ohne erhöhten Brennstoffverbrauch in Aussicht stellen kann. Wenn ihm also dank technischer Fortschritte eine Geschwindigkeitserhöhung gelingt, ohne dafür die angeführten Nachteile in Kauf nehmen zu können. In dieser angenehmen Lage befindet sich der Schiffbau seit einigen Jahren. Neue Schiffs- und Ruderformen, Leitapparate vor den Schrauben, die Anwendung hochgespannten Dampfes und die Kohlenstaubfeuerung, doppelt wirkende Motoren und die Anwendung von Abdampfturbinen bei Kolbendampfmaschinenantrieb ermöglichen tatsächlich eine Erhöhung der Geschwindigkeit ohne Inkaufnahme der sonst üblichen Nachteile.

Als ein sehr beachtenswerter schiffbautechnischer Fortschritt muß zunächst die Maier-Schiffsform angeführt werden. Dies ist eine von dem österreichischen Ingenieur Maier bereits vor zwei Jahrzehnten vorgeschlagene Ausbildung der Spantformen im Vor- und Hinterschiff, die die Abflußlinien des Wassers am Schiffsrumpf um etwa 10 vH verkürzen. Die Hamburger Schiffbau-Versuchsanstalt stellte an einem Modell außerdem eine Verminderung der Oberflächenreibung fest.

Zu diesem rein schiffbaulichen Fortschritt gesellte sich eine maschinentechnische Neuerung in der Abdampfturbine nach dem System Bauer-Wach, die den Abdampf der Kolbenmaschine verwertet und ihren Wirkungsgrad damit so verbessert, daß sie in vielen Fällen den Wettbewerb mit der Dampfturbine und dem Dieselmotor erfolgreich wieder aufnehmen kann. Die Patentinhaberin, eine deutsche Werft, hat bereits mehrere Dutzend Neubauten, die mit diesem Antrieb ausgerüstet wurden, und ebensoviel Aufträge auf Umbauten ausgeführt. Durch Einbau einer Abdampfturbine neben einer Kolbendampfmaschine läßt sich eine Mehrleistung von 25 vH erzielen.

Einen weiteren technischen Fortschritt bedeutet die Einführung der Kohlenstaubfeuerung im Schiffsbetrieb. Ihrer Verwendung stellen sich hier freilich bedeutende Schwierigkeiten in den Weg. Da an Bord die Raumverhältnisse sehr beschränkt sind, so läuft die Aufgabe darauf hinaus, auch bei Anwendung der Staubkohlenfeuerung mit so kleinen Feuerräumen auszukommen, wie sie jetzt bei den neuzeitlichen Rostfeuerungen der Schiffskessel üblich sind. Vermag sie auch bei so beschränkten Feuerräumen ihre Vorzüge voll zu entfalten, so läßt sich mit ihrer Hilfe Hochdruckdampf erzeugen, ohne daß das teure Heizöl verwendet wird. Auch die mechanische Rostbeschickung, wie man sie im ortsfesten Betriebe schon seit langem verwendet, hat in

letzter Zeit, vor allem in der holländischen Handelsmarine, Eingang gefunden. Desgleichen hat auch der Hochdruckdampf und die Überhitzung den Schiffsbetrieb erobert. Bei Kriegsschiffen werden bereits Drücke bis zu 35 Atmosphären angewendet.

Die Anfangsschwierigkeiten, die sich der Lichtbogen-schweißung im Schiffbau entgegenstellten, konnten in den letzten Jahren mehr und mehr behoben werden. Die Schweißung an Stelle der bisherigen Nietung ergibt nicht nur eine kleine Materialersparnis, sondern auch eine beachtenswerte Verminderung der Gestehungskosten. Auch dieser technische Fortschritt dient somit der Wirtschaftlichkeit des Reedereibetriebes, da er die Anlagekosten der Neubauten ermäßigt.

Die vorstehend kurz angeführten konstruktiven Verbesserungen haben dazu geführt, daß das Stahlgewicht der Schiffskörper in den letzten 20 Jahren um reichlich 10 vH vermindert werden konnte. Der Leistungsgewinn durch die Propeller-Leitvorrichtungen, Leitflächenruder und Stromlinienruder kann ebenfalls mit etwa 10 vH in Rechnung gestellt werden. Der Übergang vom Großwasserraum-Zylinderkessel mit 500 PS Einheitsgröße zum Wasserrohrkessel von 5200 PS Einheitsleistung ermöglicht an der Kesselanlage eine Gewichtsersparnis bis zu 84 vH. Vereint wirken sich alle diese technischen Verbesserungen am Schiffskörper und der Antriebsanlage dahin aus, daß mit der gleichen Maschinenkraft und Geschwindigkeit wie vor 20 Jahren jetzt die doppelte Menge an Nutzladung befördert werden kann.

Die Schiffbauer beschränkten sich aber nicht lediglich auf die Hebung der Wirtschaftlichkeit ihrer Schiffsbauten, sondern sie widmeten auch der Schiffssicherheit ihr volles Interesse. Die verhängnisvollen Schiffsunfälle der Prinzessina Mafalda und der Vestris, bei denen viele Menschen ums Leben kamen, lenkten in den letzten Jahren die allgemeine Aufmerksamkeit wieder einmal auf die Frage der Sicherheit auf See. Die Forderung: „Bootsraum für alle“ erschwerte bei großen Fahrgastschiffen das zweckmäßige Unterbringen der vielen Rettungsboote. Der Norddeutsche Lloyd hat deshalb bei seinen neuen Riesendampfern Bremen und Europa neue Wege eingeschlagen. Diese Schiffe führen große Rettungsboote mit einem Fassungsraum für 145 Personen. Für jedes Boot ist eine besondere Absetzvorrichtung vorgesehen, so daß es möglich ist, alle Menschen gleichzeitig von Bord zu bringen. Die 22 Boote haben einen genügenden Überschub an fest eingebauten Lufttraumkassen, so daß sie auch bei voller Besetzung und mit Wasser vollgeschlagen noch schwimmen und manövrierfähig bleiben. Der wasserdicht eingebaute Motor gibt den Booten auch in diesem Zustande noch genügende Geschwindigkeit. Für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger wurde ein neues Rettungsboot vollständig aus Siemens-Martinstahl gebaut, das über Deck mit einem Sprungnetz ausgestattet ist, in das Schiffbrüchige hineinspringen können, wenn das Boot nicht an dem verunglückten Fahrzeug anlegen kann. Rings um das Boot sind Kokoswulste von 26 cm Durchmesser angebracht, um heftige Stöße beim Anlegen an ein Fahrzeug aufzufangen.

Da ein regelmäßiger Flugverkehr über den Ozean erst dann möglich sein wird, wenn eine Anzahl schwimmender Flugzeuglandeplätze auf dem Atlantik verankert sind, so sucht man die höhere Geschwindigkeit des Flugzeuges vorläufig in der Weise auszunutzen, daß man den Ozeandampfern ein Flugzeug an Bord gibt. Etwa 1000 km vor Erreichung des jeweiligen Zielhafens läßt man es mit Hilfe eines Katapultes vom Schiff aus starten. Eilige Post, Zolllapier oder auch Reisende mit ganz besonderer Eile können auf diese Weise um einen Tag früher ihr Ziel erreichen. Eine von Ingenieur Kiwull erfundene Strubahn ermöglicht die Aufnahme eines Flugzeuges an Bord während der Fahrt. Die Strubahn ist eine etwa 10 m breite Segeltuchschleppe, die vom Heck aus zu Wasser gelassen und vom fahrenden Schiff nachgeschleppt wird. Auf ihr kann ein Schwimmerflugzeug aufsetzen und dann an Bord gezogen werden.



Familie und Heim

Die Zeiten ändern sich

Von Margarete Walkotte

Heute, am 18. August, lese ich im Vorwärt von einem Verbandstag der „Millionen“-Gewerkschaft. Zugleich eröffnen die Metallarbeiter ihr neues Heim in Berlin. Und im Festsaal von Kroll tagen die Metallarbeiter. Wie ist mir?

Wie gern hätte ich bei der Einweihung des Verbandshauses durch meine Kunst vergangene Tage des Metallarbeiter-Verbandes heraufgezaubert. Ich will hier von zwei Fällen erzählen. Die Metallarbeiter, die sie miterlebt haben, werden in meinen Ruf mit einstimmen: Wie sich die Zeiten ändern!

Ich öffne mein Tagebuch aus dem Jahre 1904. Einer jener dunklen Tage steigen vor meiner Seele hervor. Damals — ach so, ich muß den jüngeren Genossen erst einmal erzählen, wer ich bin, vielmehr war:

Als ganz junge Schauspielerin, Mitglied des Hamburger Stadttheaters, führte mich ein Zufall in Parteikreise. Ich las das Buch Bebel's „Die Frau“ und es ward mir Lebensschicksal. Wie alter Plunder, unter dem ich mich nie wohlgeföhlt hatte, fiel mein anerzogener, sogen. „Glaube“ und die monarchistische Weltanschauung meines Elternhauses von mir. Nachdem ich auf einer überfüllten Lassalle-Feier Gedichte von Freiligrath und Herwegh gesprochen hatte, erhielt ich meine sofortige Entlassung. Man schrieb 1895. Mein junger Mann gründete die „Freie Volksbühne Hamburg“. Kunststunde folgten. Von allen Parteigenossen des Deutschen Reiches und der Schweiz erhielt ich Briefe mit stets demselben Inhalt: „Liebe Genossin, kommen Sie mit Ihrer schönen Kunst zu uns. Wir haben nicht das Glück, irgendeinen Künstler, Schauspieler oder Sänger bewegen zu können, zu uns in unsere Parteilokale zu kommen. Alle haben Angst, sich zu schaden“. Radio gab es noch nicht. Insonsten war die Kunst überhaupt nur für die Bürgerlichen da. In einem Briefe des Genossen v. Elm hieß es: „Liebe Genossin, was sollen unsere rauhen Gesellen mit der Kunst?“ Er ahnte nicht, daß 30 Jahre lang meine Rezitations- und Liederabende stets überfüllt waren.

Vor allen Dingen kamen die Frauen zu mir. Ich wurde gerufen und ich kam. Anfangs verschlug es mir fast den Atem, als ich zum Beispiel in Langenbielau die armen, verhungerten Gestalten mit Kopftüchern und Ledern, auch Holzpantoffeln vor mir sah. Bald fühlte ich unter der armen Kluft die gequälten, ausgepreßten, nach Schönheit und Menschlichkeit ringenden Herzen. Ich verstand alles, auch wenn sie auf den Boden spuckten — auch wenn die Frauen manche notwendige körperliche Ästhetik vermissen ließen — ich hatte eine Mission: Ich liebte sie. In Görnitz sagte ein Metallarbeiter zu mir: „Wie gern möchten wir einmal ein Geigen solo hören.“ Welche Mühe es mir kostete, einen Geiger zu finden, der bei unsern Genossen spielen wollte, das weiß nur mein Mann und ich. Eigentlich ist es mir „nicht“ gelungen, denn Thornberg habe ich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Görnitz zu meinen Genossen geschleppt, und er spielte unter falschem Namen. Die Säle waren oft mitten im Winter ungeheizt. Einmal mußte ich hinter den Kulissen in einer halb zerbrochenen Waschschale das Eis durchschlagen, um mir, von der Reise kommend, die Hände waschen zu können. Gott ich war jung. Ich tat es für meine Gesinnungsgenossen. Die Verbandskassen waren arm. Blumen, wie die heutigen Künstler, die bei unsern Genossen wirken, sah ich nie. Ich hätte mich auch ihrer geschämt angesichts so großer Armut, sie vor meinen Geschlechtsgenossinnen entgegenzunehmen.

Schließlich ist ja meine Arbeit auch nicht mehr wert gewesen, als die der anderen Frauen. Tag und Nacht lag ich auf der Eisenbahn. In welchem Zustand die Herren Sealsitzer die Klaviere zu meinen Liebesbegleitungen lieferten, das hat mich manche Träne — hinter den Kulissen — gekostet. Einmal mußte ich es erleben, daß ein herrlicher Fingel, der Tage zuvor von einem bürgerlichen Herrn zu einer Veranstaltung benützt worden war und noch eine Stunde vor Beginn meines Liederebends auf dem Podium stand, mir weggenommen wurde. An seine Stelle wurde ein alter Klapperkasten gerückt. All mein Bitten und meine Einwände nutzten nichts. Der Wirt sagte: „Für die Metallarbeiter ist er gut genug.“ Was habe ich gelitten, bis ich diesem Jammer endlich ein Ende machte und einfach zur Laute giß. Kein einziger akademischer Musiker in der Provinz ließ sich von mir bewegen, zu den Arbeitern zu kommen, um mich zu begleiten. Auch gegen gute Bezahlung nicht — lieber spielten sie bei den Bürgerlichen umsonst. Darum — man verzeihe es mir — gelingt es mir nicht, all die neuen Namen der Künstler einzureihen in unsere Gesinnungswelt, zu der sie sich jetzt bekennen.

So, nun wissen Sie, wer ich bin oder war. Ich will Ihnen jetzt von einem „dunklen Tag“ erzählen: Es war an einem eiskalten Novembertag in Lüdenschcid. Der Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Fischer, eröffnete mir am Bahnhof, daß sie mal wieder Scherereien wegen meines Abends mit der Behörde gehabt hätten. Er sagte: „Ich kann Ihnen nicht helfen, Genossin Walkotte, Sie müssen sich schon aufs Rathaus zum Kommissar begeben, sonst bekommen wir zu heute abend keine Erlaubnis. 500 Karten sind verkauft. Es wäre schade!“ Also, ich mußte nach anstrengender Reise vor einem Vortragabend meine Kräftigungspause opfern und zu dem Gewaltigen gehen. Er empfing mich liebenswürdig, forderte meinen Kunstschein, den den Stempel der Hochschule für Musik in Berlin trug, sah sich die Vortragzettel an, behauptete, auch literarisch belesen zu sein und sagte würdlich: „Wie kommen Sie denn dazu, so hochhersteigen und zu „diesen“ Leuten zu gehen?“ Ich bedankte ihm, daß der Metallarbeiter-Verband doch eine gewerkschaftlich bedeutende Organisation sei und nach meiner allerdings unmaßgeblichen Meinung doch die halbe Einwohnerzahl Lüdenschcid's aus Metallarbeitern

bestehen müsse. Achselzuckend entließ er mich. Als ich bei Schneegestöber, kurz vor 8 Uhr, am Lokal (Schützenhaus oder Zapp?) ankam und über meinem dünnen Seidenkleidchen ob des eisigen Windes meinen Mantel immer enger zusammenraffte, standen meine armen Genossinnen und Genossen vor der Tür des Lokals. Der dicke Wirt stand in der Tür und erklärte, daß er, falls er dem Metallarbeiter-Verband seinen Saal zu dieser Veranstaltung gäbe — Militärverbot zu erwarten habe. Frierend und enttäuscht, wehrlos zogen wir uns zurück. Später, beim Abendbrot im Hotel zur Post, wo man mich untergebracht hatte, betrachteten mich die Spießier mit Schadenfreude. Hatten doch mal wieder die armen Proleten eine Schlappe erlitten. Mußten doch mal wieder soundsoviel arme Arbeiterfrauen, die sich auf den Abend gefreut hatten, nach Hause gehen.

Nach vielen Eingaben fand dann der Abend nach Monaten unter starker Beteiligung statt. Das war Lüdenschcid! An einem andern Liederabend in Köln-Kalk hatte die heilige Hermandat von damals zwei dicke Polizisten neben mich auf das Podium postiert. Als ich es betrat, war mein Erstaunen nicht gering, diese beiden Polizisten zu sehen. Der ganze Saal beobachtete mich. Es war tötenstill. Mit verschmitztem Gesicht ging ich auf die beiden zu und sagte leise: „Wollen Sie mich beschützen?“ Der eine mit einer dicken, roten Nase, der die „Gottähnlichkeit“ auch nicht gepachtet hatte, faßte Mut und sagte ebenso leise zu mir: „Die Metallarbeiter ham kei Bildung nich.“ — „So“, sagte ich, „meinen Sie? Allerdings“, sagte ich mit liebenswürdigem Blick, „durch Ihre Anwesenheit erhält der Abend erst ein edles Gepräge.“ Verständnislos schauten mich beide an, und der eine sagte: „I dank au schön.“ — Unser Gespräch hat niemand im Saal verstanden, aber alles lachte über mein — „gutes Einverständnis“ mit der Kalker Polizei. Als ich aber den Metallarbeitern am Biertisch nach dem Vortrag den Text unserer Unterredung wiederholte, da haben wir noch lange gelacht.

Ich stütze den Kopf in die Hände und sinne. O, welche Veränderung der Dinge!

Die Masse marschiert

„Der Dollar steigt“, von Felix Scherret, ist ein Inflationroman, der im Verlag des „Bücherkreises“, Berlin SW 61, erschienen ist. Preis: Ganzleinen 4,80 RM.

Auf dem Platz in Danzig hatte früher ein Artillerieregiment seine Übungen abgehalten, morgens und in den frühen Nachmittagsstunden. Ein hoher Drahtzaun schützte die Soldaten vor der Berührung mit Unberufenen. Nach der Revolution war der Platz zusammen mit den umliegenden Kasernen in den Besitz der Stadt übergegangen. Der Senat plante mit ihm allerlei, was Geld einbringen sollte. Aber um diese Idee in die Wirklichkeit umzusetzen, brauchte man zuerst einmal Geld, und das war nicht vorhanden. Deshalb blieben Wohn- und Kontorhäuser ungebaut, und der Platz, umgeben von Kasernen und windschiefer Wohnhäusern, von der staatlichen Werft und der Gasanstalt, diente den Kindern als Spielwiese und den Erwachsenen als Versammlungsstätte unter freiem Himmel.

Als Alfred und Peter durch eine schmale, verwinkelte Gasse den Platz erreichten, waren die Belegschaften der Werften schon eingetroffen. Er reichte kaum für diesen Massenaufmarsch aus. Man erwartete noch die Arbeiter aus der Waggonfabrik, die außerhalb der Stadt an der Straße zum Hafen lag. Die Masse verhielt sich vollkommen ruhig. Es waren meistens ältere Arbeiter.

„Es geht nicht mehr weiter“, erklärte ein Arbeiter in der Gruppe, zu der die Freunde traten. „Die Fabriken verdienen in Dollars und uns geben sie diese Lappen, die nichts wert sind!“

„Deshalb wollen sie uns doch auch um einen wertbeständigen Lohn bringen“, erwiderte sich ein junger Mann, „rechnet euch aus, wie groß die Verdienstspanne für die Industrie ist!“

„Na ja, umsonst fahren die Herren auch nicht in den teuersten Autos und verpassen die Nächte!“ schrie ein anderer, „alles für unser Geld! Unser Rücken muß dafür herhalten!“

Die Gemüter erhitzten sich. Die Unterhaltungen wurden lauter.

„Was kann man mit dem Dreckgeld anfangen? Meine Frau weiß nicht, wo ihr der Kopf steht, wenn sie auf den Markt geht. Zu nichts reicht es!“ Der Redner gestikuliert lebhaft, „dabei haben wir nicht einmal Kinder. Was sollen erst die Kollegen sagen, denen die Stube vollsitt!“

„Hering, trockenes Brot und ein paar Kartoffeln jeden Tag, und dafür schneidet man die ganze Woche hindurch, und die Herren fressen Kaviar und weiß Gott sonst noch was!“

„Wir halten es schließlich noch durch, aber unsere Kinder! Die müssen ja verkümmern. Was aus ihnen wird, danach fragt niemand, das ist den Herren da oben ganz egal! Ihre Gören haben natürlich Übergewicht, und das ist die Hauptsache!“

In allen Gruppen wurden dieselben Fragen erörtert. Die Antwort, die heute den Vertretern der Gewerkschaften gegeben war, bewies eine derzeit eigensinnige Haltung der „Geldkreise“, daß an eine friedliche Lösung des Konflikts kaum noch zu denken war. Lauter wurde der Ruf nach dem Generalstreik; er war die einzige Möglichkeit, bessere Verhältnisse zu erzwingen.

Die Arbeiter der Waggonfabrik marschierten in langen Zügen heran. Ihre Spitze hatte noch nicht den Platz erreicht, als aus zwei Nebengassen Lastautos mit Schupo herankamen. Auf dem Bürgersteig formierte sich eine Hundertschaft unter Führung eines jungen Offiziers. Mit Gummiknüppel und entschärften Revolvern schritten die Beamten auf die Masse zu.

Da die Versammelten ihre ganze Aufmerksamkeit auf die ankommenden Arbeiter konzentrierten, entlockten sie erst im letzten Augenblick das Gewitter, das sich hinter ihrem Rücken zusammengezogen hatte.

„Polizei!“ Ein Schrei durchschneit die Luft. Einen Augenblick entstand Verwirrung. Was bedeutete das Erscheinen der Polizei? Die Demonstration war angemeldet und genehmigt worden.

„Auseinander! Sofort!“ schrillte die Stimme des Offiziers. „In kleinen Gruppen hier durch die Gassen!“

„Hält!“ Ein Gewerkschaftsführer trat an den Offizier heran. „Wer ermächtigt Sie zu Ihrem Handeln? Wir dürfen hier nicht monstrieren. Der Leitung ist ein Verbot bisher nicht bekannt.“

„Es ist soeben vom Senator des Innern erlassen worden. Sorgen Sie für einen ruhigen Abmarsch!“

Langsam drängte die Hundertschaft die Ansammlung zurück und schob sie den hinteren Ausgangsstraßen zu. Die Führer versicherten immer wieder, es müsse ein Irrtum vorliegen. Sie wollten sofort in den Senat fahren und Erklärungen fordern. Widerstand sei jetzt nutzlos und verschlimmere nur noch die Lage.

Die älteren Arbeiter behielten ihre Ruhe. Sie halfen, Ordnung aufrecht erhalten, die Masse zog sich dicht gedrängt zurück. Der Platz war fast geleert, als ein Schuß fiel. Arbeiter brach zusammen. Warum geschossen wurde, konnte auch die spätere Untersuchung nicht klarstellen. Vielleicht hatten einen Beamten die Nerven verlassen.

In wenigen Sekunden ballten sich jetzt die Zurückgebliebenen zusammen und drangen auf die Schupo ein.

„Mörder! Bluthunde!“ gellten Schreie über den Platz. Schupo formierte sich blitzschnell. Mit den Revolvern zielte sie in die Menge.

Peter war im Strom mitgerissen worden. Er zitterte und Wut über das Verhalten der Polizei. Am liebsten hätte er den Offizier erwürgt. Vor seinen Augen tanzten Funken.

„Erschlagt die Bande“, knirschte er.

„Verhüngern lassen sie uns, und dann schießen sie noch schrie eine Frau, deren Kleid im Gedränge zerrissen worden war.“

„Ruhe!“ Ein junger Mensch in Arbeitsbluse warf beide Arme in die Höhe. „Zurück! Kein Blut mehr! Halt! Halt!“

Die Masse hielt. Die Schupo blieb im Anschlag. „Zum Senat!“ rief er, „schlagt die richtigen Verbrecher tot.“

„Zum Senat!“ Der Schrei pflanzte sich wie ein Orkan fort. „Zum Senat!“ Alle riefen es. Die Tschakomänner waren vergessen.

„Zum Senat!“ Eine Masse wilder, erregter Menschen stürmte durch die Straßen und erschreckte die guten Bürger, all tüchtigen Fleischer- und Bäckermänner, die gerade schmunzelnd den Tagesabschluss machten.

„Zum Senat!“ Die Straßen Danzigs hallten wider von den Schreien. Aus den Kneipen und Spielkneipen, aus den Wohnhäusern, aus Büros und Geschäften stürzten die Menschen heraus. Plötzlich fühlten sich alle als eine einzige, große Gemeinschaft trotz politischer und weltanschaulicher Gegensätze verbunden durch die furchtbare Not, die im Begriff war, alle zu erwürgen.

Seelenfängerei gegen Menschlichkeit

Ein Verbandsmitglied schreibt uns:

Der Aufsatz „Was es in Bayern gibt“ in Nr. 30 der Metallarbeiter-Zeitung veranlaßt mich, dazu einiges aus meiner Erfahrung als Vormund eines vollwaisen Jungen beizusteuern:

Als Mitglied der Arbeiter-Wohlfahrt wurde ich im Juni 1920 zum Vormund eines kriegswaisen, 13jährigen Jungen aus Köln bestellt. Der Junge war ein paar Monate vorher von seinem Großvater in dem Waisenhaus der Arbeiter-Wohlfahrt in Düsseldorf-Gerresheim untergebracht worden. Meine Frau und ich hatten den Jungen bald sehr lieb gewonnen, und er selbst uns als seine Eltern an. Zu Ostern 1927, bei seiner Schulentlassung, war ich als pflichtbewußter Vormund darauf bedacht, dem Jungen ein ordentliches Handwerk lernen zu lassen. Eine Lehrstelle hatte ich so gut wie festgemacht und wollte ich auch, da ich außer einem erwachsenen Sohne keine Kinder mehr habe, in meinem Haushalt aufnehmen, um ihm eine bleibende Stätte zu sichern.

Meine ganze Rechnung hatte ich jedoch ohne den Karitas-Verband (Karitas heißt Liebel) gemacht. Der Junge gehörte der katholischen Kirche an. Und nun gingen diese Karitas mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen, gegen mich, dem freigesinnten Vormund, vor. Ich wurde auf mein Tun und Lassen beobachtet, die Nachbarn wurden befragt. Jedem ohne den gewünschten Erfolg. Die Leute gingen nun gerichtlich vor: Am 3. Januar 1927 teilte mir das Amtsgericht in Köln mit, daß mir die Vormundenschaft entzogen würde, weil ich die Kirche nicht besuche und daher auch ein religiöses Kind nicht erziehen könne, auch hätte ich das Kind in einem — konfessionslosen Waisenhaus untergebracht und in eine Samstagschule geschickt. (Letzteres hatte jedoch der inzwischen verstorbene Großvater veranlaßt.) Ich erhob scharf Einspruch. Trotzdem wurde das Kind bereits am 5. Januar auf Anordnung des Amtsgerichts nach Köln gebracht.

Nun entbrannte ein Kampf. Ich war mir klar darüber, daß das ganze Getue weniger meiner Person, sondern der Arbeiterwohlfahrt galt. Die Sache ging bis an das Landgericht in Köln. Hier gelang es mir, den Rattenschwanz von Lügen zu widerlegen. Ich bekam dann vom Landgericht die Mitteilung, daß mir die Vormundenschaft nicht entzogen werden könne, da ich ganz zum Wohle des Kindes gehandelt hätte. Das Kind bliebe jedoch in Köln, damit es — religiös-erzogen würdelt. Juristisch war zwar die Sache für mich gewonnen, hatte jedoch keine Möglichkeit, mehr zu erreichen. Unter diesen Umständen legte ich die Vormundenschaft mit der Begründung nieder, daß ich für eine ordentliche Erziehung meines Mündels nicht mehr bürgen konnte.

Ein Jahr später schrieb mir der Junge eine Klagebrief an Zülpich, wohin ihn sein jetziger katholischer Vormund an einen gottesfürchtigen Bauern für ein paar Groschen Entgegenverdingt hatte. Zu meinem größten Entsetzen erhalte ich jetzt am 21. August, wieder einen Brief von dem kriegswaisen Jungen aus der Fürsorge-Erziehungsanstalt Göttingen. Die Gründe für die Unterbringung in dieser Anstalt sind mir leider noch unbekannt. Er wird wohl auch den Weg gegangen sein auf den schon so viele gedrängt wurden... C. Sch., Düsseldorf

Häusliche Winke

Blutflecke aus allen Stoffen entfernt man durch Auswaschen mit lauwarmem Wasser. Handelt es sich um alte Flecke, so ist es zweckmäßig, etwas Soda zuzusetzen. Man kann die Flecke auch mit mager Stärke bedecken, trocknen lassen und abbürsten.

Brandflecke aus weißer Wäsche entfernt man, indem man die Wäsche mit kaltem Wasser anfeuchtet, mit Salz bestreut und an die Sonne legt.

Erziehung. Frau S. kommt müde, abgehetzt nach Hause und ist furchtbar aufgeregt darüber, daß ihr in der Elektrischen Kemer der vielen jungen Leute, die einen Sitzplatz hatten, dieser angeboten hat. Das erzählt sie aus pädagogischen Gründen ihrem zwölfjährigen Sprößling und fragt: „Würdest du auch dasitzen und eine Dame, die steht, anglotzen?“

„Nee, Mutt!“ erwidert der Junge, „ich würde so tun, als ob ich schlief!“

Ein Negerpöster stellt einer schwarzen Gemeinde einen weißen Bischof vor, der in ihrer Kirche predigen will, mit den Worten: „Seine Haut ist weiß, aber seine Seele ist so schwarz wie die unsrer!“

Das Göttliche

Eine solch großartige Gestaltungsaufgabe, wie sie die Welt der wirtschaftlichen Gemeinschaft bedeutet, setzt unbedingt Erfordernisse an den Menschen voraus. Nur der Mensch kann ein Werk gestalten, der von seinem Schaffen innerlich durchdrungen ist. Der innerlich schwache Mensch kann nie ein Werk von Kraft vollbringen, der kleinliche Mensch nie ein Werk von Größe. Stets ist die Tat der Ausdruck einer Seele.

Damit hängt der Gewerkschaftskampf als Aufgabe von allem ab, das den Menschen beeinflusst und bildet, und dazu gehört auch die Auffassung, die der einzelne Mensch sich von Welt und Leben macht. Wo ist die treibende Kraft der Welt? Welche Stellung hat der Mensch im Weltgetriebe? Ist Welt Entwicklung? Und kann der Mensch diese Entwicklung selber fördern? Und wenn er es wohl vermag, dann wie?

Kann er es? — Ja! — Und wie? — Durch eigene Kraft! — Du mußt an Zukunft glauben und an dich. An Kampf und Sieg. Das ist die ethische Voraussetzung, die die gewerkschaftliche Bewegung an den Menschen stellt. Du mußt ein Kämpfer sein mit großem Ziele, Charakter, ganzer Mensch.

„Das Werk der Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein.“ Das ist eine Erkenntnis von unerhörter ethischer Wucht. Sie setzt Kämpfer voraus. Menschen der Tat. Menschen, die in dieser Tat vertrauen auf sich allein und die Kraft ihrer verbundenen Kampfgenossen.

Dadurch setzt der Gewerkschaftskampf aus seinem ganzen großartigen inneren Wesen heraus feste weltanschauliche Grenzen. Er duldet die weltanschauliche Überzeugung gewiß, doch nur innerhalb dieser seiner Wesenheit. Er läßt denken und fühlen, wie jeder es will, doch läßt er nur denken und fühlen aus einer freien, stolzen und selbstbewußten menschlichen Kampferseele.

Das ist das Große der Welt, das sich da in deiner Kraft regt. Und wenn du es tausendmal überall fühlst, dieses Bestimmende, diesen führenden Sinn, da in deiner Kraft ringt er nach neuer, lebendiger, schöpferischer Gestaltung.

Wenn du an „Gott“ glaubst, kannst du ihn dann großartiger erleben als in Tat, in Werk, in der Gestaltung, die die höchsten sittlichen Werte in sich birgt?

Und wenn du ihn nicht kennst und Namen ablehnt: es ist etwas Hohes und Heiliges um diese Kraft, die da aus deiner strebenden Seele ins lebendige Dasein ringt.

Dein Kampf ist der stittliche Kernpunkt des Geschehens. Er ist der Mittelpunkt der stittlichen Welt. Er zwingt dem Menschen seine Freiheit! Und was du sonst auch noch glaubst: da n wird diese Göttlichkeit zur Wirklichkeit.

Dr. Gustav Hoffmann.

Mangel an Gießerlehrlingen?

Die Fachschrift des Vereins Deutscher Eisengießer. Die Gießerei und auch das Blatt des Deutschen Formnermeisterbundes Die Eisenzeitung haben in der letzten Zeit viel über Mangel an tüchtigen Formnern und über Berufsausbildung geschrieben. Es muß zugestanden werden, daß in manchen Aufsätzen der Eisenzeitung mit herzerfrischer Offenheit das bisherige System der Lehrlingsausbildung kritisiert wird. Weil nun die Frage des Nachwuchses im Formnerberuf sehr bedeutsam ist, haben ihr der Deutsche Metallarbeiter-Verband und seine Funktionäre die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Durch theoretischen und praktischen Unterricht (Fachkurse, Vorträge usw.) wurde sehr viel dazu beigetragen, Wissen und Können der Jungformner zu vervollkommen. Aber alles bleibt vergebliche Mühe, wenn nicht diejenigen, die sich eigentlich am stärksten um die Berufsausbildung kümmern müßten, nämlich die Gießereileitungen, die bestehenden Mängel beseitigen.

Wir vertreten die Auffassung, daß vorläufig kein Mangel an tüchtigen Kräften besteht. Es gibt heute noch eine große Anzahl guter Formner, die auf Grund der äußerst schlechten Verhältnisse sich anderen Berufszweigen zugewandt haben. Auskömmliche Löhne und bessere Arbeitsbedingungen würden sie bestimmt wieder ihrem früheren Berufe zuführen.

Es wird aber wohl in den nächsten Jahren ein Mangel an guten Formnern eintreten; weil es an genügendem Nachwuchs fehlt. Zwei Faktoren spielen hier eine ausschlaggebende Rolle, nämlich das Mißtrauen, das die schulentlassenen jungen Leute und deren Eltern dem Formnerberuf gegenüber haben, zweitens die mangelhafte Berufsausbildung in vielen Gießereien.

Daß ein Mißtrauen diesem Beruf gegenüber besteht, ist erwiesene Tatsache. Die krampfhaften Bemühungen der Industrie, geeignete junge Leute zu bekommen, beweisen es. Kein noch so schönes Schildern des Formnerberufes ändert etwas daran. Einzig und allein Besserung der schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr vieler Gießereien kann Wandel schaffen.

Es gibt wohl kein Handwerk, das sich so verschlechtert hat wie das des Formners und Kernmachers. Dank der Rationalisierung haben selbständiges Denken und Arbeiten und alle in langjähriger Praxis erworbenen handwerklichen Fertigkeiten keine Geltung mehr. Das Refa-System, das sich auch der Verein Deutscher Eisengießer zu eigen machte, brachte es mit sich, daß in vielen Betrieben ein ständiger Kampf um auskömmliche Stück- und Zeitzakkorde besteht.

Das Bestreben, Qualitätsguß (Edelguß) zu erzeugen, mußte naturgemäß auch Fehlschläge mit sich bringen, das heißt unbrauchbare Abgüsse durch Porosität, zu hartes oder zu lockeres Gefüge usw. Dieses Betriebsrisiko wird mit Vorliebe auch auf die Facharbeiter abgewälzt, indem die Stücke aus der Akkordverrechnung herausgezogen werden. Wenn nicht Tarife und Abkommen beständen, würde mancher Formner und Kernmacher mit Hilfsarbeiterlohn nach Hause gehen. Geradezu als Verhöhnung der durch die schwere und ungesunde Arbeit hart mitgenommenen Facharbeiter sieht es aus, wenn die Nr. 26 der Eisenzeitung schreibt: „Fort mit den jede Wirtschaft und den schöpferischen technischen Geist hemmenden Tarifen und Gießereibekommen, die nichts anderes als eine Prämie auf die Faulheit bedeuten.“

Noch etwas über den zweiten Faktor zur Berufsausbildung. Die fachliche Ausbildung der Lehrlinge erfolgt heute in größeren Gießereien in eigens dafür hergerichteten Lehrwerkstätten; die theoretische Ausbildung in Werks- oder Berufsschulen. Fangen wir mit letzteren an, weil hier nur kurz gesagt werden kann, daß Leiter und Lehrer sich erstaunliche Mühe geben, den Lehrlingen ein umfangreiches Wissen beizubringen. Die theoretischen Kenntnisse der heutigen Lehrlinge liegen auch erfreulicherweise weit über dem Durchschnitt früherer Jahre. Leider kann man das von der fachlichen Ausbildung nicht sagen. Vielfach lassen die technischen Einrichtungen von Lehrwerkstätten (Trockenöfen, Krane usw.) nur die Herstellung kleinerer Stücke zu. Daß dann die jungen Formner infolge der einseitigen Ausbildung nach beendeter Lehrzeit anderen Arbeitsstellen fremd gegenüberstehen, ist doch leicht erklärlich. Die fehlenden praktischen Erfahrungen sich als Geselle anzueignen,

ist unmöglich, weil infolge der schlechten Wirtschaftslage nahezu 90 vH der Lehrlinge nach Ablauf der Lehrzeit zur Entlassung kommen. Hier ist unbedingt für Abhilfe zu sorgen. Soll die Ausbildung so sein, daß beide Teile, Unternehmer und Lehrling, später Nutzen davon haben, dann muß sie vielseitiger sein. Dann darf vor allen Dingen der Lehrling nicht seine ganze Lehrzeit in der Lehrwerkstätte zubringen, sondern muß andere Arbeiten zu Gesicht bekommen, um seine Kenntnisse zu erweitern. Dieses ist leicht zu bewerkstelligen, indem die Formnerlehrlinge im letzten Jahre aus der Lehrwerkstätte herausgenommen und tüchtigen Formnern zugeteilt werden. Die Bezahlung hat aber dann durch den Betrieb und nicht durch den Formner zu erfolgen. Des weiteren muß der Lehrherr sich verpflichten, nach beendigter Lehrzeit den jungen Gesellen zu beschäftigen, denn die Gewißheit, nach Beendigung der Lehre auf die Straße gesetzt zu werden, kann unmöglich Lust und Liebe zum Beruf wecken.

Viele Lehrwerkstätten kann man heute leider als solche nicht mehr ansprechen, weil Produktionswerkstätten daraus geworden sind. Auf alle erdenkliche Art und Weise wird versucht, die Arbeitsleistungen der Lehrlinge zu steigern, um möglichst viel Gewinn herauszuschlagen. Der „Terminjäger“ ist auch dort eine bekannte Erscheinung und sorgt dafür, daß eine Begründung für das manchmal wahn sinnige Tempo gegeben wird.

Daß in derartigen Betrieben keine guten Formner herangebildet werden können, ist selbstverständlich. Tarifliche Bestimmungen, die Akkordarbeit nur im letzten Drittel der Lehrzeit gestatten, versucht man durch Einführung von Produktions- und Leistungsprämien zu umgehen. Darum weg mit Akkorden und Prämien und dafür mehr Wert auf gründliche Ausbildung gelegt.

Auch sollten sich viele Gießereileiter einmal abgewöhnen, Lehrlinge als billigen Ersatz für Gießereihilfsarbeiter zu betrachten. Wertvolle Tage und Monate gehen der Ausbildung dadurch verloren. Scharf zu verurteilen ist es, wenn Lehrmeister durch Prügel- und Geldstrafe sich Autorität verschaffen wollen. Der Lehrling soll nicht Angst vor dem Meister haben, sondern Vertrauen zu ihm. Lehrlingsausbildung ist Jugendzerziehung, und die Jugend muß richtig behandelt und geleitet werden.

Zum Vorteil der Unfallverhütung wäre es angebracht, wenn die Gießereien ihre Lehrlinge mit zweckentsprechendem Schuhwerk versorgen würden. Die Eltern der Jungen sind bei der großen Armut heute dazu nicht in der Lage.

Zum Schluß empfehlen wir noch manchen Betriebsleitern, die Bemühungen, junge Leute vom Eintritt in den DMV abzuhalten, einzustellen, denn Tatsache ist, daß Gewerkschafter immer noch die tüchtigsten Facharbeiter sind.

Warum

warst du nicht organisiert?

Zu dem Artikel von Dr. Maab in Nr. 34 unserer Zeitung wird uns von mehreren Kollegen folgendes geschrieben:

Aus dem vorbezeichneten Artikel ist zu entnehmen, daß die Antwort auf die Frage: „Warum warst du nicht organisiert?“, verschieden lautet. Da ist Unerschaffenheit, falsche Sparsamkeit, Gleichgültigkeit schuld. Damit ist aber die Beantwortung der Frage noch lange nicht erschöpft. Wir haben die Beobachtung gemacht, daß viele Arbeitskollegen deshalb nicht organisiert sind, weil sie angeblich die Beiträge nicht aufbringen können. Wir wissen aber und kennen Arbeitskollegen, die das Drei- und Mehrfache dessen für alkoholische Getränke ausgeben, was die Gewerkschaftsbeiträge ausmachen. Ist das richtig? Ganz gewiß nicht. Und zwar aus folgenden Gründen: Bei der im vorigen Jahre erfolgten Aussperrung der Metallarbeiter stellte sich heraus, daß nur 35 vH der davon Betroffenen organisiert war. Wie wäre es gewesen, wenn 95 vH organisiert waren? Ob dann die Industriellen es auch gewagt hätten, die Aussperrung eintreten zu lassen? Wir glauben es nicht. Aber bei so vielen Nichtorganisierten könnte man es wagen. Ebenso verhält es sich bei Streiks. Diese können niemals volle Aussicht auf Erfolg haben, solange es so viele Unorganisierte gibt. Sie sind oft die größten Schreier: „Nieder mit dem Kapitalismus!“ Und wie steht es damit? Gibt ein Arbeiter jährlich durchschnittlich nur 200 RM für Bier oder Schnaps aus, so macht das bei 10 Millionen Arbeiter 2000 Millionen oder 2 Milliarden RM aus, die dem Brau- und Schnapskapital zufließen. Von diesen geht das Geld zu den Banken, von dort zur Industrie, beide haben ohne Zweifel die rechtsstehende Presse in der Hand, mit der die Arbeiterschaft bekämpft wird. Also liefert der Arbeiter durch sein Schnaps- und Biertrinken die Waffen zu seiner Bekämpfung.

Das deutsche Volk vertrinkt insgesamt in einem Jahre annähernd 5 Milliarden RM. Mit diesem Gelde könnten alljährlich Hunderttausende von Einfamilienhäusern gebaut und so im Laufe von wenigen Jahren manchem Arbeiter ein eigenes Heim geschaffen werden. Dadurch würden Tausende und aber Tausende Volksgenossen Brot und Arbeit finden und die Arbeitslosigkeit könnte zum größten Teile behoben werden. Das Baugewerbe ist das Schlüsselgewerbe. Bei gleichem Kapitaleinsatz könnten im Baugewerbe viermal mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden als im Brau- oder Brennereigewerbe. Das wäre eine dankbare Aufgabe für die Arbeitervertretung im Reichstage. Man braucht nur dem Beispiel unseres Genossen Sollmann zu folgen. Nur Mut und Tatkraft gehört dazu und taube Ohren gegenüber dem Geschrei der Alkoholinteressenten. England erhebt bei einem Drittel weniger Bevölkerung als wir aus dem Alkohol mehr als 2 Milliarden Steuern. Und wir? Bis vor kurzem nur 600 Millionen. Entsprechend der Bevölkerungszahl müßten wir 3 1/2 Milliarden RM an Alkoholsteuer einnehmen. Damit könnte man alle die Aufgaben lösen, für die jetzt angeblich kein Geld vorhanden ist. Das wäre das Ende der Finanznot. Und das möchten wir Alkoholgegner erreichen. Wer aber hört auf uns? Nicht einmal die Arbeiter, die es doch durch ihre große Zahl in der Hand hätten, hier eine Änderung eintreten zu lassen, sie bräuchten nur einmal, wie es schon viele Tausende machen, auf die Rauschgetränke zu verzichten. Glaubt man, die wir in den Reihen der Alkoholgegner stehen: Ihr bringt kein Opfer, es ist kein Verzicht auf Lebensfreuden, sondern Gewinn auf gesundheitlichem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiet. Darum versucht es wenigstens und denkt nicht, wir wollten euch etwas nehmen. Im Gegenteil wollen wir euer Gutes, und zwar: Mehr Arbeitsmöglichkeiten, besseres Essen, bessere Wohnungen, Verringerung der Gefahr der Arbeitslosigkeit, Sicherung der sozialen Einrichtungen, Befreiung vom Druck des Kapitalismus. Merkt euch, was einer unserer alten Führer einst gesagt hat: Ein denkender Arbeiter trinkt nicht, ein trinkender Arbeiter denkt nicht. Und darum ist er dann nicht organisiert!

Alter Arbeiter

Er sitzt mir gegenüber in der Straßenbahn. Sein Gesicht ist eingefallen, das Haar schneeweiß, die Hände zittern; nach drei Stationen fallen ihm die Augen zu. Er schläft. Die Winkel um den Mund, die unzähligen Falten im Gesicht, die Hände, die auch im Schlaf noch zittern, erzählen, erzählen von einem Leben von Arbeit, Not und Sorge. Das Gesicht, die Hände sind braun. Er ist, ich sehe es an den Schuhen, Bauarbeiter.

Wir montieren, 30 m hoch in der Luft, unten sind die Erdarbeiter beim Ausschachten. Da kommt ein Mann mit einer schweren Karre Steine. Die mageren Arme sind gespannt, die Knie zittern, auf dem Gesicht perlt der Schweiß. Es ist der alte Bauarbeiter, sehe ich beim Hinuntersteigen. Er hat die Karre aufgeschlagen, er wendet sich mit der Karre, nach zehn Minuten kommt er wieder, wieder schlägt er die Karre auf, dann nimmt er sein Taschentuch und wischt sich den Schweiß ab.

Ein erschöpfter Mensch. Da erblicken seine Augen den Polier, hastig verschwindet das Tuch in der Tasche, die Karre in die Hände und weg. Angst. Nach zehn Minuten kommt er wieder; Karre aufschlagen und wieder weg. So geht es den ganzen Tag. Beim Heimgang sehe ich ihn wieder. Müde der Schritt, abgespännit das Gesicht. In der Bahn hat er seine Wochenkarte gelocht bekommen, schwer fallen ihm die Augen zu. Er schläft. Die Hände zittern.

Ich gehe zur Kantine und hole Wasser. Der Alte steht dort. Er stützt sich. „Bist müde,“ sage ich zu ihm. „Ja,“ sagt er. „Wie alt bist du denn?“ „66 Jahre.“ Schweigen. Er bricht es. „Heute wird abgebaut, ich glaube, ich bin auch dabei,“ sagt er. Wie eine leise Hoffnung klingt es aus seiner Stimme heraus, vielleicht auch nicht. Ich sehe ihn an. „Mit der Invalidenunterstützung kann man doch nicht leben, ich möchte ja gern die Arbeit aufgeben und täglich meinen Spaziergang machen. Aber dann langt es nicht zum Leben.“

Was ist das für eine Welt? Tausende junger, kräftiger Arme müssen draußen verkümmern. Hier steht ein Arbeitsmann von 66 Jahren und zittert um seinen Arbeitsplatz, weil man ihm nach einem halben Jahrhundert harter, mühseliger Arbeit, wenn die Kräfte verbraucht sind, nicht genug zum Leben gibt, damit er ohne Sorgen sein verbrauchtes Leben beschließen kann. Damit er noch ein paar Jahre seinen täglichen Spaziergang machen kann, ehe er vielleicht ins Grab sinkt.

Wir haben eine Verfassung mit schönen, sozialen Sätzen, und alte Arbeiter, die nach einem halben Jahrhundert Arbeit nicht genug zum Leben haben.

Wir haben in Deutschland auch Pferde, die gehören der Reichswehr, für die gibt man allein in Preußen alljährlich fast 30 Millionen RM aus. So steht es im Etat.

Klagen hat keinen Sinn. Aber es ist gut, sich ab und zu an ein Wort von Lassalle zu erinnern: Verfassungsfragen sind Machtfragen. Hans Dohrenbusch.

Der Jubilar

Kollege Sperling war 25 Jahre bei der Firma. Er bekam frei, durfte also einmal ausschlafen. Bei Arbeitsbeginn brachten Kollegen Blumensträuße mit. Blätterbüchsen wurden zusammengesucht. Vom Zimmerplatz ein wackliger Tisch geholt, noch ein Bogen Papier aus dem Magazin geangelt, und das Ganze an Sperlings Arbeitsplatz gestellt. Gegen acht Uhr kamen zwei Damen aus dem Büro und brachten zwei Blumentöpfe. Diese wurden kunstgerecht in den Vordergrund gestellt. Punkt neun Uhr kam Sperling im Sonntagsstaat. Der Alte, ein ganz besonderer Despot, kam auch: „Geht mal zu eurem Kollegen.“ Wir gingen, gaben Sperling die Hand, Phrasen wurden nicht gemacht. Sperling stand vor dem Tisch wie ein Kind vor seinem Geburtstagsstisch. Viel hätte nicht gefehlt und wir fiennten. Der Betriebsleiter kam, ihm zur Seite unser Alter. Der Betriebsleiter gab Sperling die Hand, ein Gemurmel seinerseits von langen, segensreichen Arbeitsreichen noch beschieden sein usw., dann gingen beide. Unter großer Ansprache bekam Sperling im Lohnbüro feierlich ein Sparbuch überreicht, 200 Emmchen und 200 Bar. Ja, es war viel Geld auf einmal in einer Arbeiterhand. Aber kein Vergleich gegen den Verdienst bei 25jähriger Arbeit für die Firma. Sperling nahm das Geld ruhig entgegen. Der Alte war etwas verblüfft. Er hatte vielleicht einen Handkuß erwartet oder mindestens ein Lob auf die gute Firma.

In der Kantine schmiß Sperling eine Runde. Orgien wurden wirklich nicht gefeiert, denn gleich kam der Alte: „Sperling, Ihr Auto wartet.“ Jawohl, Sperling wurde heimgefahren. Des Direktors Wagen war es ja nicht. Aber es war ein Auto. Unser Kollege wurde samt Blumen in das Vehikel verstaat. Fort ging es im 60-km-Tempo. Zeit ist Geld. Eine mehrstündige, gemütliche Fahrt hätte Sperling nichts geschadet.

Der Spuk war aus. Die Firma hatte einen Arbeitsveteranen nach ihrer Ansicht reichlich geehrt und belohnt. Sperling steht wieder in seiner schmerzigen Kluft an seinem Platz. Der Alte kommt öfters vorbei: „Sperling, es muß schneller gehen, wir können nichts verdienen. Es wird zu teuer usw. Sonst?“

Vor ein paar Tagen sagte der Betriebsleiter noch etwas von segensreichen Jahren beschieden sein. Das Geld, das unser Kollege bekam, war echt, alles andere Schwindel und großer Tam Tam. W. G.

Einer von vielen

Das Schicksal des proletarischen Menschen wird vom Leben gestaltet; dem Dichter, der über dieses Schicksal Bericht erstatten will, bleibt nur die Aufgabe, den von der Wirklichkeit geschaffenen Stoff zu formen. Sein Werk ist um so vollkommener und wertvoller, je einfacher und schlichter diese Formung ist. Walther Victor gibt nun in dem Buchlein „Einer von vielen“ (Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, Preis 1,40 RM.) einen Romanbericht aus dem Leben der Grubenarbeiter in den sächsischen Bergwerksgeländen. „Einer von vielen“ heißt dieser kleine Roman aus der Wirklichkeit, weil das Schicksal seines Helden kein Einzelschicksal ist, von einem Dichter ersonnen, sondern ein Eigenschicksal, vom Leben in tausend Tagen tausendfach und immer gleich verschuldet. Ein Sohn armer Bergleute muß den Traüm wissenschaftlicher Arbeit fahren lassen, weil armer Leute Kinder nicht studieren dürfen. Ein Streit mit einem Beamten bringt den jungen Menschen um sein Brot. Er lebt das düstere Dasein eines Arbeitslosen, in das eine Frau ein wenig Licht bringt. Ein Kind kommt, stirbt. Arbeit kommt, Monate der Arbeitslosigkeit kommen. Schließlich faßt den Bergarbeitersohn das vorgezeichnete Schicksal: die Grube. Es ist ein elendes Los: die am härtesten schuffen in den Eingeweidn der Erde, lichtlos, in jedem Augenblick dem Tod gegenüber, sie werden am jämmerlichsten bezahlt. Immer klarer erscheinen dem armen Kumpel Albert Kump die sozialen Zusammenhänge dieser Welt. Er weiß, daß er roboten muß, daß andere ohne Arbeit ein helles Leben des Vergnügens führen können; er weiß, daß er im Dunkel zugrundegehen muß, damit andere höheren Gewinn einstreichen. Er wehrt sich, auf die Art, auf die allein Arbeiter sich wehren können: er schließt sich der Partei der arbeitenden Menschen an. In seinem Herzen klingt die Internationale; das Bergwerk aber, das die Hand nach ihm ausgestreckt hat, gibt ihn nicht wieder frei. Er verunglückt, er wird zum Krüppel. Die junge Frau jagt das heiße Blut zu einem anderen. Er steht ihr im Weg. Er hat keine Lebensaufgabe mehr. Da nimmt er den Strick, und geht aus dieser herrlichsten aller Welten.

Eine Alltagsgeschichte, wuchtig, weil sie ganz ohne Pomp ist, und ganz ohne Weinerlichkeit. Weil sie den zwangsmäßigen Ablauf eines proletarischen Schicksals aufzeigt, weil sie zeigt, wie aus diesen sozialen Ursachen, diesen sozialen Zuständen unentrinnbar die Katastrophe wachsen muß. Knapp und eindringlich zeichnet Victor das Kohlenrevier: das Dunkel, das über den Halden liegt, liegt auch in den Herzen der Menschen. Manches Wort scharfer sozialer Betrachtung ist in die Darstellung dieses typischen Arbeiterlebens eingeflochten. Und unter all dem Grau und all dem Grauen, all der Not und all der Verzweiflung fließt wie ein warmer Strom das Bewußtsein, daß die vereinigte Kraft der arbeitenden Menschen dereinst der Welt ein anderes Gesicht geben, und Tragödien, wie die Albert Kumps, verhindern wird. Es gibt in der sozialen Literatur der letzten Jahre wenige Schilderungen, die so unmittelbar wirklichkeitsnah, so ganz echt und erlebt sind. Man liest das Buch mit stummer, aber nachhaltiger Ergriffenheit. Fritz Rosenfeld, Wien.



Verbandsleben



Warnt! Warnt! Warnt! Schiedspruch für den Ruhrbergbau vor der französischen Fremdenlegion!

Schiedspruch für den Ruhrbergbau

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Ein dem Schutzverband gegen die französische Fremdenlegion angehörender Verbandskollege sendet uns ein langes Schreiben, das nichts als eine dringende Warnung vor der Fremdenlegion, dieser Schande der Zivilisation, ist. Wir lassen das Wesentlichste dieses Schreibens folgen, mit der ganz dringenden Bitte, es zu beherzigen und jeden Kollegen, besonders die jungen, immer und immer wieder vor der Fremdenlegion zu warnen. (Schriftleitung.)

Ich erlaube mir ebenfalls, etwas über das Arbeitsverhältnis in Frankreich zu sagen. Ein nur deutsch sprechender Arbeiter ist in Frankreich Gefahren ausgesetzt, über deren Größe er sich kaum einen Begriff machen kann. Findet ein in Frankreich reisender Kollege nicht gleich Beschäftigung und seine Barmittel gehen zu Ende, dann ist, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, der Weg nicht mehr weit zur — Fremdenlegion. In allen Herbergen, Bahnhöfen und auf den Landstraßen treiben sich ehemalige Fremdenlegionäre herum, die unerfahrenen Arbeitern allerhand liebliche Geschichten von der Fremdenlegion erzählen, wobei der Nachdruck darauf gelegt wird, daß man durch den Eintritt in sie der Not entrinnen könne. Der arme Teufel ist dann bald so weit, einen Vertrag zu unterschreiben — den er meisten gar nicht lesen kann, weil er in Französisch gehalten ist: Er hat sich durch die Unterschrift für die Fremdenlegion verpflichtet, das heißt, er ist zum Kanonenfutter oder Arbeitstier des französischen Militarismus in der heißen Hölle Afrikas geworden. Der arme Teufel sieht nur in den allerersten Fällen die Heimat wieder. Ist er einmal in den Krallen der Fremdenlegion, dann kann er gleich sein Testament machen, denn die Flucht gelingt nur jubelnselten, und ehe die vertragliche fünfjährige Dienstzeit abgelaufen ist, bleichen oft schon die Knochen auf dem Wüstensand. Ich möchte daher alle Kollegen dringend warnen, wenn sie in Frankreich Arbeit suchen, ja nichts zu unterschreiben, was sie nicht ganz genau verstehen. Diese Warnung gilt besonders für die jungen Kollegen, die aus Unverstand oder Abenteuerlust den Werbem der Fremdenlegion leicht ins Garn gehen...

Die Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau sind durch einen Spruch der Schlichterkammer entschieden worden. Er besagt: 1. Die bestehende Lohnordnung wird bis zum 31. Dezember dieses Jahres verlängert. 2. Die Kündigung dieser Lohnordnung kann erstmalig spätestens am 30. November 1930 zum 31. Dezember 1930 erfolgen. Wird zu diesem Termin nicht gekündigt, so läuft die Lohnordnung stets ein Vierteljahr mit monatlicher Kündigungsfrist weiter.

Mit Sonntag, dem 21. September, ist der 39. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. 9. bis zum 27. September fällig.

Der 19. Verbandstag in Berlin hat eine neue Beitragsklasse 3b mit dem Wertaufdruck 36/4 auf der Beitragsmarke beschlossen. Diese Klasse 3b gilt für invalide, aufgesteuerte und nichtbezugsberechtigte Mitglieder, die Anspruch auf Invalidenunterstützung erwerben wollen. Die neue Beitragsmarke kommt ab 40. Beitragswochen (28. September 1930) zur Verwendung.

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeitsplatz wechseln, haben sich bei der Verwaltungsstelle ihres bisherigen Aufenthaltsortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumelden. Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten, können von keiner Verwaltungsstelle zur Anmeldung entgegengenommen werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Reisegehalt ausbezahlt werden. Bei Übersendung des Mitgliedsbuches an die frühere Verwaltungsstelle zum Zwecke der Abmeldung ist der Rückporto beizulegen, auch dann, wenn diese Übersendung durch eine Verwaltungsstelle erfolgt. Die Postkosten gehen zu Lasten des betreffenden Mitgliedes.

Soweit die Zuschrift des Verbandsmitgliedes. Es sind ihr einige Schreiben beigelegt zur Erhärtung der Annahme, daß auch französische Unternehmer der Fremdenlegion Menschen zuschanden. Das scheint uns so ungeheuerlich, daß wir nur mit der gebührenden Reserve den Fall anführen:

Elektronenmonteur H. aus der Umgebung von Reichenberg wurde im März 1930 von einem elsässischen Elektrizitätswerk in Metz als Monteur aufgenommen. Ihn wurde mit zwei Deutschblühern ein Schriftstück in französischer Sprache zur Unterschrift vorgelegt, das sie nicht verstanden. Es wurde ihnen gesagt, es sei ihr Arbeitsvertrag, und er wurde dann von Hutter und den beiden andern unterschrieben. Ihr Arbeitsgebiet sollte im Innern Frankreichs liegen. Es wurde ihnen ein Zimmer angewiesen und jeder erhielt 150 Francs als Zehr- und Reisegehalt. Es fiel Hutter auf, daß sie stets beobachtet wurden und nicht in die Stadt gehen durften. Am nächsten Tage wurden sie zur Bahn gebracht. Einer der Begleiter löste 5 Karten nach Marseille.

Somit erhalten die Bergarbeiter die bisherigen Löhne bis Ende des Jahres. Die Unternehmer des Ruhrbergbaues hatten eine wesentliche Lohnherabsetzung gefordert. Dem ist der Schlichter nicht nachgekommen. Der Beschluß der Schlichterkammer kam mit den Stimmen der Gewerkschaftsvertreter zustande. Die Unternehmer haben gegen den Schiedsspruch gestimmt und sofort Berufung eingelegt. Sie erklärten, daß die Ermäßigung der Selbstkostenanlage, von der ein Preisabbau abhängig, hinausgezögert würde. Es ist anzunehmen, daß der Spruch für verbindlich erklärt wird, dies schon angesichts der bevorstehenden Wahlen. Aber damit ist der Friede im Ruhrbergbau natürlich noch nicht gesichert. Soll der Lohnabbau vermieden werden, so müssen die Gewerkschaften alles versuchen, um die Pläne der Kohlenbarone abzuwehren.

Ein gelber Bettelbrief

Der Werkverein der Firma L. Schwartzkopff AG des Reichsbundes vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine hat das folgende Bettelreiben an die Firma gerichtet:

„Werte Firma! Hierdurch gestatten wir uns als vaterl. wirtschaftlich-friedlicher Verein höflichst anzufragen, ob es möglich wäre, uns zu unserer am 15. Dezember stattfindenden Weihnachtsfeier für die Beschörung von etwa 100 Kindern und Jugendlichen in Form von Probepackungen resp. Reklamespielen usw. beizusteuern. Sollten Sie, Werte Firma, für unsere gute Sache Interesse zeigen, wären wir sehr dankbar.“

Werkverein der Fa. Schwartzkopff im Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine.
Der Vorstand. L.A.: A. Stephan, Vorsitzender.

Die Herren Gelben haben nicht einmal den Mut, wenn sie schon betteln, anständige Geschenke zu verlangen, sondern sie betteln um „Probepackungen resp. Reklamespiele“. Das sind diejenigen, die das „Dritte Reich“ schaffen wollen. An diesen Figuren kann man sich diese Sorte von Reich vorstellen.

Aufforderung zur Rechtfertigung!

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzusenden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Villingen: Das Mitglied Robert Dittich, geb. in Schweidnitz, Mitgliedsbuch Nr. 1961173? Dittich hat über den Reisegeldauszahlung Villingen falsche Anschuldigungen verbreitet.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Remscheid: Der Drechsler Wilhelm Spies, geb. am 6. Januar 1888 zu Remscheid, Mitgliedsbuch Nr. 6394966, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Für nichtwiederaufnahmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Der Maschinenarbeiter Johann Hinz, geb. am 12. Oktober 1900 zu Allenstein, Mitgliedsbuch Nr. 6816326, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Gestohlen wurden: Mitgliedsbuch Nr. 6771763, lautend auf den Sortierer Franz Vennebusch, geb. am 3. Dezember 1901 zu Rehmhauser (Bochum).

Mitgliedsbuch Nr. 6772621, lautend auf den Metallarbeiter Karl Falter, geb. am 1. Oktober 1901 zu Dorst (Münster).

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten

von Carosseriearbeitern aller Branchen nach Basel St.;
von Metalldruckern nach St. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.;
von Silberarbeitern nach Burgdorf i. Hann. A. u. St.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperrungen müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigungen bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)

Hamburg, Rothenbaumchaussee 20

Einnahmen u. Ausgaben der Hauptkasse im Monat August 1930

Krankenkasse:	
Einnahmen	60 960,91 RM.
ausgaben	87 104,12 RM.
Mehrausgaben	26 143,21 RM.
Kassenbestand am 1. August 1930	1 704 711,— RM.
Kassenbestand am 31. August 1930	1 678 567,79 RM.
Sterbekasse:	
Einnahmen	19 544,78 RM.
ausgaben	32 605,03 RM.
Mehrausgaben	13 060,25 RM.
Kassenbestand am 1. August 1930	1 573 970,49 RM.
Kassenbestand am 31. August 1930	1 560 910,24 RM.

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfälle vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer guten Zuschußkassen dringender denn je; denn der bei den Pflichtkassen erfolgte Abbau kann nur durch die Leistungen der Zuschußkassen wieder ausgeglichen werden. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungsstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsstellen jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.“

Hamburg, im September 1930.

Der Vorstand

Verbandsanzeigen

Glatz, Lokalunterstützung an Reisende wird bis auf weiteres nicht bezahlt.

Jubilarfeier

Die Verwaltung Frankfurt a. d. Oder konnte in diesem Jahre wieder vier Kollegen als Jubilar ehren. Die Größe des Vorstandes überbrachte Kollege Tost-Berlin in seiner Ansprache erinnerte er an den Ernst der Zeit, die schweren Kämpfe, und ermahnte zu engerem Zusammenschluß im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Die Jugend ermahnte er, es in der Verbands-treue den Alten gleich zu tun. Kollege Neßler dankte im Namen der Jubilare und versicherte, daß die Alten nach wie vor ihre volle Kraft in den Dienst des Verbandes stellen werden. Die Jubilar erhielten die Urkunde, die Kollege Fette mit ermunternden Worten überreichte. Der Volkschor verschönte das Fest. Bis fast zur Morgenstunde blieben die Teilnehmer in angeregter Unterhaltung zusammen.

Karl Kleine Jubilar

Der Kollege Karl Kleine in Leipzig konnte am 1. September auf eine 25jährige Angestelltenfähtigkeit zurückschauen. Im Jahre 1873 geboren, schloß er sich 1896 dem DMV an. Seiner unermüdeten Tätigkeit war es mit zu verdanken, daß Leipzig bereits Anfang dieses Jahrhunderts eine Mitgliederzahl erreichte, die die Anstellung besoldeter Hauskassierer gestattete. Kein Wunder, daß Karl Kleine, der sich das Vertrauen der Kollegen erworben hatte, dabei war und 1905 zum Hauskassierer gewählt wurde. Seit 1924 ist er Kassierer im Büro. Sein Alter sieht dem 57jährigen keiner an. Möge dem Jubilar die gleiche Rüstigkeit noch viele Jahre beschieden sein!

SCHRIFTENSCHAU

Unser Programm und die Notverordnung des Reichspräsidenten. Rede des geschäftsführenden Vorsitzenden Helmut Lehmann auf der Tagung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen am 17. August 1930 in Dresden. Diese Rede weist die Verleumdungen und Verdächtigungen zurück, die besonders von Zentrum und den Kommunisten gegen den geschäftsführenden Vorstand des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen gerichtet sind. Man streut die Behauptung aus, daß die schädliche Verordnung der Einführung von Krankenscheingebühren und Arzneikostenanteil von dem Krankenkassen-vorstand betrieben worden sei. Gegen diese Unterstellung setzt sich Helmut Lehmann in dieser Schrift zur Wehr. Die Schrift ist den Kollegen zur Beachtung zu empfehlen. Herausgegeben von der Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg 1.

Gleitflug und Gleitflugzeuge. Teil 1. Konstruktion und praktische Flugversuche mit 75 Abbildungen einschließlich 1 Tafel. 2. verbesserte Auflage. Preis 2,50 RM. Verlag C. J. E. Volk-mann Nachf., Berlin-Charlottenburg 2.

Nütze die Arbeitspause! Atmung und Gymnastik, eine tägliche Kraftquelle für Berufstätige. Ein Buch der Gesundheits-pflege und Leistungssteigerung. Von Mar/Bahro und Dr. med. H. Bahro. Mit 23 Bildern auf Kunstdrucktafeln. Süddeutsches Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Birkenwaldstr. 44. Preis 1,25 RM.

„Das Sonnenstäubchen auf der Waage“, so heißt ein Bericht über eine feine mechanische Leistung allerersten Ranges, eine Gewichtsalkonwaage, die ein Hundertmillionstel Gramm wiegt. Dessen äußerst reizvollen Aufbau finden wir im Septemberheft der Technik für Alle, Monatshefte für Technik und Industrie (Verlag Dick & Co., Stuttgart; Preis im Vierteljahr, drei reich-illustrierte Hefte, dazu 1 Buchbeilage, 2,25 RM. geheftet; gebunden 2,90 RM., einzelne Hefte je 75 Pf.). Nicht weniger lehrreich für die Allgemeinheit ist darin die nächste Schilderung: „Ein Straßenbahnwagen hat Hauptrevision.“ Bilder von der größten Schölsche der Welt, eine ausführliche Besprechung der neuen Schwartzkopfflokomotive, eine vergleichende Gegenüber-stellung der Betriebsverhältnisse für Auto- und Privatfahrzeug be-treuen verschiedene Gebiete der Verkehrstechnik. Daneben sind noch manche Arbeiten, die für den Siedler von Bedeutung sind.

100 Erfrischungsgerichte für den Sommer. Erprobte und bewährte Rezepte für Früchte- und Gemüse-Rohkost, Salate, Eier-speisen, Früchte-Puddings, Katschalen und Erfrischungsgetränke von Lisbeth Ankenbrand. Mit Bildern auf Kunstdruck-papier. Preis nur 1,25 RM. Süddeutsches Verlagshaus G. m. b. H. in Stuttgart, Birkenwaldstraße 44.

Tagung der Metallarbeiter-Krankenkasse

Die Generalversammlung der Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, die im August in Berlin tagte, erhielt durch die damit verbundene Feier des 50jährigen Bestehens der Kasse ein besonderes Gepräge. Auf Einzelheiten des Gebotenen kann natürlich hier nicht eingegangen werden. Nur die wichtigsten Beschlüsse können hier angeführt werden. Die Beiträge (§ 7) betragen in Zukunft: 1. Klasse 30, 2. Klasse 40, 3. Klasse 60, 4. Klasse 80 Pf., 5. Klasse 1 RM. Das Krankengeld beträgt des 1/10 des Beitrags. Nach den Änderungen der Beitrags-klassen beträgt femerhin das Sterbegeld nach den ver-schiedenen Karrierezeiten innerhalb 20 Jahren: 1. Klasse 30-75, 2. Klasse 40-100, 3. Klasse 60-150, 4. Klasse 80-200, 5. Klasse 100-250 RM.

Die Satzungsänderungen sollen am 3. November 1930 in Kraft treten, die Sätze über das erhöhte Krankengeld am 2. Februar 1931. Von den weiteren Beschlüssen sei erwähnt: Bis zum 31. De-zenber 1931 sind für die Bevollmächtigten Kartotheken einzu-richten. Um die Anwesenheit neuer Mitglieder zu beheben, wird für jedes der Kasse zugeführte Mitglied eine Prämie von 50 Pf. gewährt und kommt zur Anzahlung, wenn Beitrittsgehalt und mindestens ein Beitrag gezahlt wurden ist. Sollten die finan-ziellen Verhältnisse der Kasse sowie auch die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen es gestatten, können Vorstand und Ausschuß am 1. April 1931 die Erhöhung des Kranken-geldes auf das 1/10 des Beitrags vornehmen.

In der G.-V. der besonderen Sterbekasse für die Mitglieder der Krankenkasse wurde folgender Antrag des Vor-sandes zu § 6 Absatz 1 angenommen: Vorstehende Sterbegelder erhöhen sich für jedes weitere volle Jahr der Mitgliedschaft um 12,50 RM. in der 1. Klasse und um 25 RM. in der 2. Klasse, bis zum Betrage von 300 RM. in der 1. und 600 RM. in der 2. Klasse. Auch für Werbung von Mitgliedern für die Sterbekasse soll eine Prämie von 50 Pf. gezahlt werden.

Einheitslöhne in Frankreich

Aus Paris wird uns geschrieben:
 In dem Maße als der Einfluß der kommunistischen Gewerkschafts-Internationale auf das französische Gewerkschaftsleben abnimmt, wird der Druck der organisierten Metallarbeiterschaft auf wirtschaftlichem Gebiete stärker. Seit zehn Jahren, also seit 1920, wo auf Befehl Moskowiter die Einheit der französischen Gewerkschaften zerstört wurde, konnten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht mit der Kraft gegen das Unternehmertum auftreten, die notwendig gewesen wäre. Der innere Kampf zwischen den Anhängern der Roten Internationale und den der Amsterdamer machte jeden gewerkschaftlichen Fortschritt unmöglich.
 Die wirtschaftlichen Verhältnisse gestalteten sich auch in Frankreich schwierig. Die Tätigkeit in der Metallindustrie nahm im Laufe der Jahre ab, einen großen Rückgang weist die Automobilindustrie auf, und einen noch größeren der Handels- und Kriegsschiffbau, wo ein Drittel der Belegschaft entlassen werden mußte. Wenn auch von einer Arbeitslosigkeit heute noch nicht gesprochen werden kann, so droht doch ständig den Metallarbeitern die Gefahr der Massenentlassungen.
 Dann kam die Teuerung. Seit zehn Jahren steigen alle Preise, hauptsächlich aber die der Lebensmittel. Mehr als 100 vH beträgt heute schon diese Teuerung. Kostete ein Mittagmahl und Nachtmahl in einem Volksrestaurant noch im Jahre 1924 3,50 bis 4 Franken, so kostet dasselbe heute 6,50 und noch mehr, und in Arbeiterspeisehäusern kostet es 8 bis 9 Franken. Die Rückkehr zur Goldwährung hat die Preise auch hier auf die internationale Höhe gehoben, ohne jedoch die Löhne im selben Ausmaß gesteigert zu haben. Der Unterschied zwischen Preis- und Lohnerhöhung ist ganz gewaltig, und der Ausfall macht sich im Arbeiterhaushalt sehr fühlbar.
 Mit dem Inlebensretreten des neuen Sozialversicherungsgesetzes wurde die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Allgemeinen noch schlechter, da das neue Gesetz neuerdings 5 vH des Lohnes in Anspruch nimmt. Die Unternehmer haben die auf sie fallenden Lasten des neuen Gesetzes auf die Konsumenten abgewälzt und so die Lage der arbeitenden Massen auf zwei Fronten verschlechtert. Die durch die Lasten des neuen Gesetzes entstandene Steigerung des Lebensunterhaltes traf die Arbeiter hart. Die unorganisierten Arbeiter wollen von dem Fürsorgengesetz nichts wissen, und in vielen Fabriken kam es zu Kundgebungen und Arbeitsentstellungen, die von den Un-ter-nem-ern kräftig unterstützt wurden, um sich von den Lasten dieses Gesetzes zu befreien.
 Die durch die Unternehmer bei den Auseinandersetzungen in der Kammer angekündigte Teuerung ist nun eingetreten. Die Gewerkschaftszentrale wie auch die sozialistische Partei haben sernerzeit schon auf die Umtriebe der Unternehmer aufmerksam gemacht und die Regierung aufgefordert, alle gesetzlichen Maßnahmen anzuwenden, um die arbeitenden Massen gegen die Ausbeutungsgelüste der Kapitalisten zu schützen. Der

Ministerpräsident Tardieu erklärte mit viel Stolz und Überhebung, „die Regierung besitze genug gesetzliche Mittel, um jeden Angriff auf die Taschen der Arbeitenden mit Erfolg abzuwehren“.
 Die Teuerung trat ein, und die Regierung hat nicht nur nichts unternommen, um die Umtriebe des Unternehmertums einzuschränken, im Gegenteil, der Staat stellte sich an die Seite der Verteuerer und ließ, zu einer Zeit des billigen Kornes, die Brotpreise um 15 vH erhöhen. Nun war die Geduld der Arbeiter doch zu Ende. Gegen diese Räuberei mußte energisch vorgegangen werden. Es konnte indes nicht einheitlich vorgegangen werden, da die Massen der Arbeiter in zwei Teile getrennt waren und die kommunistischen Gewerkschaften mehr gegen die Amsterdamer als gegen die Ausbeuter ihre Wut ausließen.
 Unter solchen Umständen wurde jede gewerkschaftliche Tätigkeit der organisierten Massen paralytisch und die Lage der Arbeiterschaft im ganzen Lande arg gefährdet. Jetzt endlich, nach zehnjährigem Bruderkampfe, scheint die französische Arbeiterklasse zu einer besseren Einsicht gelangt zu sein, die Romantik des Bolschewismus beginnt zu weichen und die Haufen der Moskauer Schwinder. Ihre treuesten Gefolgsmänner haben das Spiel satt bekommen. Die Zeit der Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit ist herangebrochen. Es war auch die höchste Zeit.
 Der französische Metallarbeiter-Verband begann nun eine fieberhafte Werbetätigkeit im ganzen Lande. Schon melden sich die aus der „Roten Gewerkschaft“ hinausgeekelten Metallarbeiter zur Wiederaufnahme in ihren Mutterverband, und ihm schließen sich in der Provinz, wie gemeldet wird, schon ganze Ortsgruppen an.
 Die erste Folge dieses Wandels zeigt sich in der erhöhten Kampffähigkeit und Lust der Massen. Die Forderungen sind die alten, da während der letzten zehn Jahre nichts von diesen alten Forderungen verwirklicht werden konnte: Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Schaffung der Kontrollkommissionen in den Fabriken, bezahlter Sommerurlaub usw. Neu ist die Forderung der Einheitslöhne in der Metallindustrie. Dieser Mindesteinheitslohn soll auf 7 Franken die Stunde angesetzt werden, und zwar für alle Arbeitergruppen, deren Lohnsatz bis jetzt diese Höhe noch nicht erreicht hat. Mit dieser Forderung wird der große Kampf gegen die Unternehmer beginnen, und das Ziel ist, weitere Lohnerhöhungen zu erreichen, um die Teuerung auszugleichen und die Lasten des sozialen Gesetzes auf die Schultern der Unternehmer zu wälzen. Angesichts der jahrelangen Untätigkeit der Gewerkschaften ein beachtenswertes Beginnen, dessen guter Fortgang davon abhängt, ob sich die französische Arbeiterklasse ein für allemal ernstlich aus der unheilvollen Umarmung bolschewistischer Gewissenlosigkeit losreißt und die alte Einheit des Gewerkschaftslebens zurückerobert und damit zu neuer Schlagkraft kommt.
 A. K.

Csapro-Ungarn: Bei uns herrscht seit elf Jahren eine Lohndiktatur. In Budapest und Umgebung verdienen die Metallarbeiter nur etwa 60 vH, in der Provinz nur 40 vH des Friedenslohnes, und auch die zwölfstündige Arbeitszeit ist noch häufig. Unsere Kapitalisten, gut organisiert, gehören zu internationalen Kartellen. Wir haben weder Betriebsräte noch den gesetzlichen Achtstundentag. Freilich haben wir ihn dort, wo wir gut organisiert sind, wie in Budapest, wo der Achtstundentag gesichert ist. Von unseren Mitgliedern sind 30 vH ohne Beschäftigung. Staatliche Unterstützung bekommen die Erwerbslosen nicht.
 Kaufmann-Tschechoslowakei: Die Steigerung des Konsums um 35 vH werde nicht mehr genügen, um die industrielle Leistungsfähigkeit ganz auszunutzen. Außer den gewerkschaftlichen Mitteln müssen wir die politischen anwenden. Inzwischen aber müssen wir praktisch wirken, müssen wir uns um die Herabsetzung der Arbeitszeit unter acht Stunden tatkraftig bemühen. Es steht nirgends geschrieben, daß es beim Sechstundentag sein Bewenden haben muß. Wir müssen streben, die vierteljährliche Schicht einzuführen, wodurch eine Verbesserung des Beschäftigungsgrades erzielt wird. Bei uns sind die Hauptfeinde unserer Bestrebungen nicht mehr die Unternehmer, sondern die Banken. Zu ihnen fließt der Arbeitsertrag in Gestalt von hohen Gehältern und Zinsen. Es kann nicht bei der theoretischen Forderung bleiben, sondern es muß zur Tat geschritten werden. (Beifall.)
 Kjöerboel-Dänemark begründet den Antrag auf weitere Kürzung der Arbeitszeit. Da der Kongreß des IGB sich zur 44stündigen Arbeitswoche bekannt hat, sollte sich dieser Forderung der Kongreß gleichfalls anschließen.
 In seinem Schlußwort bespricht IIG die Ausführungen einiger Redner. Schließlich ersucht er um die Annahme einer Entschließung, die dann gegen eine Stimme angenommen wird. Sie lautet in ihrem wesentlichen Teil:
 „Um den Millionen Arbeitslosen wieder zu Arbeit und Verdienst zu verhelfen, fordert der Kongreß die Landesorganisationen auf, ihre geistigen und materiellen Kräfte einzusetzen, um in allen Ländern eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen.
 Die Landesorganisationen sind verpflichtet, zu der ungemein wichtigen Frage der Arbeitszeitverkürzung in möglichst kurzer Frist Stellung zu nehmen und dem Internationalen Metallarbeiter-Bund über die gefassten Beschlüsse und getroffenen Maßnahmen zur Durchführung der Forderungen Mitteilung zu machen.“
 Schaffung eines internationalen Fonds.
 Der internationale Sekretär begründet den Antrag, einen Fonds zu schaffen, woraus die Länder mit schwachen Organisationen unterstützt werden können. Es sollen dazu 28 Schweizer Franken je Mitgliedertausend und Jahr besteuert werden. Doch soll der Beitrag zu dem Fonds (vorläufig) freiwillig sein. Wenn heute, so führt der Antragsteller aus, eine schwache Organisation unterstützt werden muß, müssen erst immer die Zentralvorstände beschließen. Das führt zuweilen zu Mißbehaglichkeiten, was verhindert werden soll. Aus diesem Fonds soll künftig auch das Sekretariat für die französische Hüttenindustrie bestritten werden. Es steht zu hoffen, daß bald alle Landesorganisationen dem Fonds beitreten, mit Ausnahme von England und Amerika, wo ja bekanntlich statistische oder andre Hemmnisse bestehen. Aus diesem Grunde soll der Beitrag freiwillig sein.
 Hodge-England sagt, die englischen Vertreter müßten diesen Antrag ablehnen. Obligatorische Beiträge dürfen nur für die reinen Verwaltungskosten erhoben werden. Wir können keine Mittel bewilligen, die für andre Zwecke als für die Verwaltung des Bundes bestimmt sind. Wir sind der Meinung, daß jede Organisation ihre Propaganda und sonstigen Obliegenheiten selbst zu bestreiten hat.
 Eckman-Schweden: Im Zentralkomitee wurde schon gesagt, daß eine Organisation wie unsere Internationale nicht mit so geringen regelmäßigen Einkünften auskommen kann. Internationale Solidarität heißt, dem Schwachen helfen. Diese Unterstützungsfrage spielt in unserem Bunde schon lange eine gewisse Rolle. Ich kann dem Antrage IIGs, diese Sache wieder auf Freiwilligkeit zu fundieren, nicht beistimmen. Darum beantrage ich, daß die Beiträge auf 50 Franken erhöht werden, um einen Fonds für internationale Hilfe zu schaffen. (Beifall.)
 Bradley-England sagt, ein solcher Antrag könnte die Internationale gefährden. Der gewerkschaftliche Grundsatz in England ist: Jede Organisation muß zuerst für sich selbst sorgen. Dieser Grundsatz würde durch die Annahme des Antrages erschüttert werden. Reichel-Deutschland stimmt dem Antrag Eckmans grundsätzlich zu, den Fonds aus obligatorischen Beiträgen zu speisen. Trotzdem bittet der Redner die skandinavischen Freunde, den Antrag Eckmans zurückzustellen, weil seine Annahme nicht zur Stärkung des Bundes beitragen würde. IIGs Antrag auf freiwillige Beiträge ist gewiß keine ideale Lösung, aber doch ein Schritt vorwärts. Hampf-Tschechoslowakei betrachtet den Antrag IIGs als einen Ausweg. Hierauf wird dieser Antrag gegen die englischen Stimmen angenommen.
 Damit sind die Beratungsgegenstände des Kongresses erschöpft. Es werden nun die Wahlen vorgenommen. Zuerst die des Internationalen Sekretärs. IIG wird einstimmig wiedergewählt. In den Exekutiv-Ausschuss des Bundes (Vorstand) werden für Deutschland Reichel, für Skandinavien Kjöerboel, für England Mackenna, für die französische Sprachgruppe Keuwot-Belgien ernannt. Über den Sitz der slawischen Sprachgruppe gibt es eine längere Unterhaltung, die dadurch zu einem für alle Seiten nützlichen Abschluß gebracht wird, indem man beschließt, diesen Sitz (der durch den Tod seines bisherigen Inhabers, Domes, leer geworden ist) vorderhand nicht zu besetzen, sondern es bei der ursprünglichen Mitgliederzahl des Ausschusses zu belassen. Diese Regelung wird mit 1234000 gegen 618000 Mitgliederstimmen beschlossen.
 Es richtet nun der Genosse Jacobsen von der dänischen Landesorganisation Worte des Dankes und des Glückwunsches an den Kongreß. Dann wird noch eine Entschließung über weitere ungenügende Fortführung des Kampfes für die Sozialpolitik angenommen.
 Der Kollege Kjöerboel feiert den guten Verlauf des Kongresses und wünscht seinen Teilnehmern eine glückliche Heimreise. Es sind auf dem Kongreß drei Veteranen der Eisernen Internationale, die wohl das letzte Mal einen ihrer Kongresse besuchen, nämlich John Hodge von den britischen Stahlschmelzern, Wilhelm Solas vom belgischen Metallarbeiter-Verband, und James Brownlie von den englischen Maschinenbauern. Sie alle drei wünschen der Eisernen Internationale alles Glück für die Zukunft, danken den Kampfgenossen für die Brüderlichkeit und Geloben, daß sie, wo sie auch sein werden, der großen Sache des Proletariats weiterdienen werden bis zu ihrem letzten Atemzug.
 Damit ist das Ende des 12. Kongresses der Eisernen Internationale herbeigekommen. Er wird mit einem Hoch auf sie geschlossen. Die Teilnehmer stimmen die Internationale an.

12. internationaler Metallarbeiter-Kongreß

Abgehalten vom 27. bis 29. August in Kopenhagen

(Schluß)

Kaufmann-Komötai schildert die Lage seines Verbandsgebietes. Um die 10 bis 12 Millionen Arbeitslose wieder in Stellung und Brot zu bringen, seien Lohnabbau und die Arbeitsverlängerung rücksichtslos zu bekämpfen und als nächstes Besserungsmittel die Verkürzung der Arbeitszeit zu erringen. Hierin haben wir in unserem Gebiete etliche Erfolge errungen. In zwei Werken ist das Vierschichtensystem eingeführt und jede Schicht schafft nur 6 Stunden.
 Die Neuerung wurde ohne entsprechenden Lohnausgleich bekommen, doch ist der Lohnausfall bald ausgeglichen, ja mehr als ausgeglichen worden. Den Kampf um den Sechstundentag in den ununterbrochenen Betrieben führen wir nachdrücklich weiter. Hierzu ist natürlich eine gute Organisation unerlässlich. (Allgemeine Zustimmung.)
Die Methoden der kapitalistischen Wirtschaft.
 Es hält nun der internationale Sekretär IIG seinen Vortrag über die Entwicklungstendenzen und Methoden der kapitalistischen Wirtschaft und die Stellung der Arbeiter. Dieser Vortrag stellt in gewissem Sinne die Schlußfolgerung aus dem Zustand der verschiedenen Industrieländer dar.
 Der Redner sagt, daß der Gewinn das Höchste der kapitalistischen Wirtschaft sei, und da die Kapitalistenklasse Grund und Boden, Fabriken und Werkzeuge besitze, habe sie genug Macht, die zur Gewinnsteigerung auszuüben. Der Produktionsüberschuß geht, so fährt der Redner fort, auf Außenmärkten zu rückwärtigem Wettbewerb. Um ihn vorteilhaft zu betreiben, haben sich die Unternehmer zu internationalen Kartellen und dergleichen zusammengeschlossen. Das finanzielle Schwergewicht des Kapitalismus liegt jetzt in Nordamerika, wodurch die Lage in Europa noch schwieriger geworden ist. Denn dort wird jetzt bestimmt, ob in Europa Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit, Elend oder Wohlfahrt herrschen soll. Über das kartellierte Kapital hat niemand, selbst die Regierungen nicht einmal, eine Kontrolle. Sein Geschäft ist nicht zu durchschauen. Der Riesenvertrag der Weltwirtschaft geht gütenteils in Gestalt von Tankern, Dividenden und hohen Gehältern wieder an die kapitalistische Klasse zurück. Daraus quillt die Machtsteigerung der Kapitalistenklasse, die sie wiederum zur Verschärfung der Ausbeutung durch Rationalisierung, Bedarfsystem usw. nützt. Wir sind allgemach zu Entlohnungsarten gekommen, daß kein Arbeiter mehr ausrechnen kann, was er verdient. Wir wissen nur, daß die Vorkriegsleistungen weit überholt sind, daß aber der Arbeiter davon nichts gewonnen hat.
 Mit dem Wandel der Ausbeutungsmethoden geht ein anderer Wandel parallel, den wir in der Schweiz gut zu überblicken vermögen, nämlich die Umwandlung der Kohlenwirtschaft in die Elektrizitätswirtschaft. Im Jahre 1916 hatten wir in der Schweiz (ohne Bahn) einen Stromverbrauch von 1474 Millionen KW, im Jahre 1929 dagegen 276 Milliarden KW; 1916 wurde durch einen elektrischen Strom von 296 000 KW, 1929 dagegen eine von 1059 Millionen KW. Und das ist kaum mehr als der Anfang, wie die auf der Weltkraftkonferenz geschilderten Pläne erkennen lassen. Jedemfalls wird der Dampftrieb durch die Elektrizität abgelöst. Daraus entspringen gewiß beträchtliche gesundheitliche Vorteile, aber es werden auch immer mehr Arbeiter auf die Straße kommen. Bergleute und Transportarbeiter sind in erster Linie die Leidtragenden.
 Welche Forderungen ergeben sich daraus für die organisierte Arbeiterschaft? Ein Alkoholdittel gegen die Arbeitslosigkeit gibt es nicht, aber es gibt deren mehrere, die zusammen wohl das

Uebel mildern können. Die Gewerkschaften können allein mit ihren Mitteln das Uebel nicht heilen. Dazu sind politische Mittel ebenfalls vonnöten. Daraus ergibt sich zunächst
Vermehrung der politischen Macht der Arbeiterschaft.
 In dem Maße wie diese zunimmt, wächst die Möglichkeit, die Arbeitszeit allgemein durchzusetzen. Dabei werden wir uns auf den hartnäckigsten Widerstand der Schichten gefaßt zu machen haben, die von der Ausbeutung der Arbeiter lebt.
 Der Internationale Gewerkschaftskongreß von Stockholm hat als nächste Forderung die 44stündige Arbeitswoche aufgestellt. Für diese Forderung muß ein frisch-fröhlicher Kampf auf der ganzen Linie geführt werden. Leider sind einige Organisationen unseres Bundes dazu jetzt nicht in der Lage.
 Es wird, zumal in der Krisenzeit, schwer halten, eine Lohnerhöhung im Maße der nötigen Kaufkraftsteigerung durchzuführen. Nichtsdestoweniger muß mit einer organisierten Bewegung begonnen werden. Eine derartige Bewegung wird allerdings Begeisterung auslösen. Die Wege sind, weil in jedem Lande verschieden, von den einzelnen Organisationen für ihre Verhältnisse zu untersuchen und zu beschreiben. Darum sei dem Kongreß der Antrag gestellt, daß jede Landesorganisation das Wie der Durchführung der Forderung zu ergründen habe. Die Sache darf aber nicht bloß akademisch behandelt werden, sondern es muß klar dargelegt werden, wie sie zu lösen gedacht wird. Praktische Vorschläge und Mittel sind nötig. (Beifall.)
 Der englische Kollege Brownlie, der die Nachmittags Sitzung leitete, sagt, daß man sich jetzt mit der bange Frage zu beschäftigen habe: „Wie kommen wir heraus aus der Krise?“ In längerer Ausführung weist er auf praktische Mittel hin. Es folgt dann Ulrich-Deutschland. Er sagt, wenn der Reallohn überall zurückgeht, müssen wir notgedrungen zu einem Absatzmangel kommen. In der Metallindustrie der ganzen Welt drängt die weibliche Arbeitskraft immer mehr ein. Das war früher nicht in dem Maße der Fall, während heute Frauen an großen Maschinen und Drehbänken schaffen. Durch den Krieg sind die Absatzmärkte der europäischen Industrie verlorengegangen, und es wird versucht, sie durch Schmutzkonkurrenz wieder zu erobern oder durch Abschluß der Wettbewerber mittels Zollschränkungen. Um möglichst billig zu produzieren, wird rationalisiert, werden Arbeiter entlassen und der Lohn gedrückt. Wenn die Arbeiter keine Stellung haben, unterbieten sie sich gegenseitig. Dies stärkt die Anmaßung der Herren und macht sie dreist, Anschläge auf die Arbeitsbedingungen zu unternehmen. Das gilt insbesondere in Deutschland. Dort wird am 14. September die Entscheidungsschlacht zwischen Arbeiterschaft und Reaktion geschlagen.



Brownlie

Jeder Arbeiter soll Schutz suchen!
 Gegen die Ausbeutung seiner Arbeitskraft bei der Gewerkschaft
 Gegen die Ausbeutung seiner Kaufkraft bei der Konsumgenossenschaft
 Gegen die Ausbeutung seiner Unwissenheit bei seiner Fachpresse!

Aus Sowjetrußland Die „Säuberung“ der Gewerkschaften

In seiner Ausgabe vom 8. August meldet der „Trud“: Die Säuberung des Apparats des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion...

Der „Trud“ wirft dazu die Frage auf, ob nunmehr alles getan sei, um eine Erneuerung und Auffrischung des zentralen Gewerkschaftsapparats sicherzustellen...

Eine neue Gruppe deutscher Arbeiter.

In Charkow ist am 10. August die zweite Gruppe von deutschen Bergarbeitern aus dem Ruhrgebiet eingetroffen.

Rassengegensätze nicht geduldet.

In der Traktorenfabrik in Stalingrad hat sich ein Vorfall zgetragen, der in den Arbeiterkreisen große Erregung hervorruft...

schiedener anderer Nationalitäten gehören, befindet sich eine kleine Gruppe unlängst eingetroffener amerikanischer Arbeiter...

Die Arbeiter der Traktorenfabrik haben vorläufig nur beschlossen, den amerikanischen Kollegen ein Vorgehen gegen die...

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 140

Langsträhmiger reiner Orienttabak

mit der wahren Liebe des echten Fachmanns gemischt und geschnitten, wird von den vielen tausend feinfühligen Händen unserer...

OVA-MÄDCHEN gewissenhaft gepflegt.



REEMTSMA CIGARETTEN

OVA

in Ankerformat 5 PE



LINDCAR Fahrradwerk Aktiengesellschaft Berlin-Lichtenrade. Unternehmen der freien Gewerkschaften. Lindcar-Fahrräder und Lindcar-Nähmaschinen...

Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfd. reine, gut geschlossene-89 Pl., 1 Mk., halbwolle 1,20... S. BENISCH in PRAGUE, America office Nr. 683, Bismarckstr.

Billige böhmische Bettfedern

Ein kg reine geschlossene Mk. 2, halbwolle Mk. 4, weiße Mk. 5...

BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA

ist die richtige, dem BIOX-Zahnputz der Zahnärzte, die auch die Zähne bleichend weiß und beseitigt Mundgeruch.

Die Meisterprüfung

bestehen Sie am sichersten, wenn Sie sich die nötigen Fachkenntnisse aneignen durch die technischen Unterrichtsstunden des Systems Karzack...

Josef Witt, Weiden (Opf.) Aeltestes und größtes Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands. mit eigener Spinnerei von 32.500 Spindeln, mit eigener Weberei von 640 Webstühlen...

Table with columns: Nr., Preis per Mtr., Breite, Mk. Pf. Lists various fabrics like Handtücher, Hemdenzeug, Wischtücher, Damenascen.

Gelegenheitskauf! Bis auf weiteres erhalten Sie auf diese Preise noch eine schöne, gute, gebende Wanduhr oder Standuhr oder 7 Meter haltbare zurückgesetzte Stoffe.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 20 Dutzend an einen Kunden Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10 an. Portofreie Lieferung von Mk. 20 an.

Lest stets und aufmerksam die Betriebsräte-Zeitschrift

des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Sie ist ein wertvolles Bildungsorgan für Verbandsfunktionäre

Billige böhmische Bettfedern

Ein kg reine geschlossene Mk. 2, halbwolle Mk. 4, weiße Mk. 5, dunkelweiße Mk. 6, ...